



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 12. September 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

B 63a A Voranschlag 2017; 2. Entwurf - Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2017 des Kantons Luzern / Finanzdepartement

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Ich erlaube mir eine Vorbemerkung: Keiner der vorliegenden Anträge aus der Ratsmitte ist der PFK vorgelegen, dasselbe gilt für die Anfragen und Postulate, die wir nach der Eintretensdebatte behandeln werden. Am 30. August 2017 hat die PFK den 2. Entwurf des Voranschlags für das Jahr 2017 diskutiert und darüber befunden. Zu den Eintretensvoten: Allen Fraktionen war klar, dass der budgetlose Zustand beendet werden muss. Im Dezember 2016 bei der Beratung der Botschaft B 63 war klar, dass eine Steuerfusserhöhung nur als Ultima Ratio gelten kann. Über die Punkte, bei denen gespart werden soll, sind nicht alle glücklich und zufrieden. Doch müssen die Vorgaben der Schuldenbremse zwingend eingehalten werden, sodass die Botschaft B 63a doch noch in Kommission und Rat die Zustimmung findet. Die Bevölkerung hat klar betont, dass sie keine Steuererhöhung will, sondern zeigt klar auf, dass sie erhöhtes Sparpotenzial bei der Verwaltung sieht. Die Regierung habe diesen Zustand bewusst herbeigeführt, sei doch allen klar, wie der NFA funktioniere, und daher hätte man bereits früher aktiv werden müssen. Der Prozess zur Begleitung des KP17 wird als nicht gut betrachtet. Man sei sich zwar bewusst, dass dies ein schwieriges Unterfangen darstelle, aber man hätte mehr herausholen können. Weiteren Sparmassnahmen kann so nicht zugestimmt werden, denn es treffe immer die Gleichen. Die Aussagen aus der gemachten Umfrage seien zum Teil sehr widersprüchlich; die Regierung wird angehalten, inskünftig auf solche Übungen zu verzichten. Die Regierung muss sparen, denn bei vielen anderen Optionen sind Gesetzesänderungen notwendig. Dies braucht Zeit, und es ist auch nicht garantiert, dass diese einerseits vom Parlament und andererseits vom Volk getragen werden, da sie jeweils referendumsfähig sind. Dies würde den Handlungsspielraum des Kantons noch weiter massiv einschränken. Bei der Einkommenssteuer bezahlen zwei Drittel der Menschen weniger, als sie erhalten; leider fehlt vielen diesbezüglich das Bewusstsein. Für das Budget 2018 wird die Regierung in Klausur gehen, und die Eckwerte werden kommuniziert. Die Kommission ist einstimmig auf die Botschaft B 63a eingetreten. In der Detailberatung wurden wie gewohnt die einzelnen Departemente sowie die hohe Gerichtsbarkeit angehört. Sowohl beim Finanzdepartement als auch bei der Staatskanzlei gab es keine Fragen aus der Kommission. Anders beim Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement, dort gaben das Energie-Förderprogramm und das Gebäudeprogramm zu Diskussionen Anlass. Für 2017 wurden nach der Abstimmung vom Mai 2017 keine Zusagen mehr gemacht. Die jetzt eingehenden Gesuche betreffen das Jahr 2018. Beim Gebäudeprogramm stünden 4 Millionen Franken zur Verfügung, ein erweitertes Sparen ist hier nicht möglich. Auf die Frage, wie viele Bundesgelder denn nicht abgeholt würden in Bezug auf das Sparprogramm, konnte keine klare Aussage gemacht werden. Das

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement habe die Sparbemühungen immer überproportional mitgetragen. Beim Vollzug könne dies aber zu Schwierigkeiten führen. Die Frage, ob dies personelle Auswirkungen habe, wenn die Mittel für das Energie-Förderprogramm nicht ausgeschöpft würden, wurde dahingehend beantwortet, dass dies mit der OE17 behandelt werde. Grössere Diskussionen, vor allem in Bezug auf die schlechtere Versorgung mit Polizeipatrouillen, entstanden beim Justiz- und Sicherheitsdepartement. Auch der Abbau von Überzeiten war ein Thema, welches seitens der Regierung dahingehend beantwortet wurde, dass jeder Mitarbeitende seinen Gleitzeitsaldo um 35 Stunden abbauen müsse. Da weniger Patrouillen im Einsatz waren, konnte bei 211 Ereignissen nicht ausgerückt werden, davon waren 61 Ruhestörungen. Leider sind von diesen Massnahmen gerade die Randgebiete betroffen, vor allem bei der präventiven Präsenz. In allen Bereichen der Polizei wurden Einschränkungen gemacht. Ein wichtiges Thema war die Anzahl Stunden in der präventiven Präsenz. Diese wurden von 90 000 auf 75 000 Stunden reduziert. Hierzu muss allerdings festgehalten werden, dass auch in den Vorjahren diese 75 000 Stunden nicht erreicht worden sind. Seitens des Polizeikommandos wurde der Kommission ein Protokoll einer Statistik über die nicht erfolgten 211 Interventionen zugestellt; ich verzichte darauf, diese einzeln zu erwähnen. Im Weiteren wurde die Kommission via Protokoll über die Art der Meldungen und der erfassten Straftaten informiert. Hier ist feststellbar, dass diese sich in den Berichtsjahren 2014–2016 um knapp 3000 reduziert haben. Eine weitere Frage betraf die Fusion der beiden Polizeikorps. In den letzten Jahren war man vor allem in der Stadt und Agglomeration auf einem guten Level, dieser hat sich aber verschlechtert. Hier muss ganz klar wieder ein besserer Level erreicht werden. Beim Bildungs- und Kulturdepartement wurde auf die Abweichungen der Mengengerüste zwischen den Botschaften B 63 und B 63a hingewiesen. Es gab aber Abweichungen auf beiden Seiten. Bei den Stipendien wurden Beiträge ausbezahlt, weil hierzu ein gesetzlicher Auftrag besteht. Der grosse Ansturm aber folgt im Herbst bei Semesterbeginn. Das Gesundheits- und Sozialdepartement informierte über die Dissonanz mit den Krankenkassen, die PFK erhielt ein entsprechendes Dokument aus dem Gesundheits- und Sozialdepartement. Der Wechsel in der Asylbetreuung von der Caritas zum Kanton Luzern hat per 2016 Einsparungen in der Höhe von rund 3 Millionen Franken gebracht. Die Vertretung des Kantonsgerichtes erklärte, dass die Reduktion von 1 Million Franken insbesondere auf den Verzicht bei der Personalaufstockung beim Kriminalgericht zurückzuführen sei. Ein Aufschub des Ausbaus kann im Extremfall dazu führen, dass Fälle verjähren und dann die Verfahrenskosten vom Kanton und nicht vom Beschuldigten beglichen werden müssen. Die PFK hat dem Voranschlag 2017 mit 14 zu 3 Stimmen zugestimmt. Dem Steuerbezug von 1,60 Einheiten wurde mit 14 zu 3 Stimmen entsprochen.

Für die CVP-Fraktion spricht Adrian Nussbaum.

Adrian Nussbaum: Wir haben diese Zweitaufgabe des Voranschlags nicht bestellt, und wie wir wissen, ist die Zweitaufgabe auch nicht auf Wunsch der Regierung zustande gekommen. Die CVP dankt der Regierung trotzdem oder gerade deswegen für die Neuausarbeitung des Voranschlags 2017. Es geht heute jedoch nicht darum, wer schuld ist, dass wir erstens überhaupt nochmals über das Budget 2017 sprechen, und es geht zweitens auch nicht darum, wer schuld ist, dass wir erst heute darüber reden. Es geht darum, dass wir unsere Verantwortung übernehmen und den Auftrag der Bevölkerung umsetzen. Ich meine, dass der Bürger darauf vertraut, dass wir das so machen. Es geht uns heute darum, den budgetlosen Zustand endlich zu beenden, damit der Kanton aus seiner Lähmung befreit werden kann. Die Regierung hatte die Aufgabe, das Budget um eine Ausgaben-/Einnahmendifferenz von rund 64 Millionen Franken zu korrigieren. Wenn man von den Verbesserungen absieht, welche im Dezember nicht vorhersehbar waren, und wenn man von den Ausgabenverschiebungen absieht, welche der budgetlose Zustand mit sich brachte, müssen wir feststellen, dass es in diesem neuen Budget 2017 schmerzhaft Sparmassnahmen hat. Es werden polizeiliche Leistungen gekürzt. Wir kürzen Beiträge bei Kultur, Energieförderung, Landwirtschaft und einmal mehr bei den Stipendien, und zuletzt kürzen wir Prämienverbilligungen in beträchtlichem Ausmass. Alle diese Sparmassnahmen

erachten wir materiell als falsch, und sie bestätigen unsere Einschätzung vom letzten Jahr. Im letzten Dezember kam die CVP bei der Erstberatung dieses Budgets zum Schluss, dass es keine sinnvollen Alternativen zur Steuerfusserhöhung gibt. Die vorliegende Botschaft, sozusagen der Plan B, gibt uns heute recht. Für die CVP ist aber klar, dass die Wichtigkeit, dass der Kanton endlich ein Budget für das laufende Jahr hat, höher zu gewichten ist als eine Ablehnung dieser Sparmassnahmen. Es geht schlicht nicht anders, denn das Volk hat am 21. Mai 2017 eine Steuererhöhung abgelehnt und dem Kanton damit gleichzeitig einen Sparauftrag erteilt. Diesen Volkswillen gilt es zu respektieren. Das Volk hat in den letzten zwölf Monaten im Übrigen zweimal mit deutlichem Mehr gesagt, dass es keine höheren Steuern wolle, keine höheren Steuern für alle, aber auch keine einseitigen Steuererhöhungen nur für Unternehmen. An diesem Volkswillen ändert auch die gebetsmühlenartige Behauptung des Gegenteils durch die SP und die Grünen nichts. Ich meine, wir sollten uns in diesem Punkt an klare Fakten halten und nicht an Suggestivfragen über eine angeblich gescheiterte Steuerstrategie in einer Umfrage bei knapp 1000 Personen. Die CVP tritt auf die Botschaft ein und stimmt dem Voranschlag zu. Anträge, welche dazu führen, dass der Voranschlag die aktuelle Schuldenbremse verletzt, können wir nur unterstützen, sofern eine mehrheitsfähige Kompensationsmassnahme vorliegt, was aber nicht der Fall zu sein scheint.

Für die SVP-Fraktion spricht Marcel Zimmermann.

Marcel Zimmermann: Eine Mehrheit des Luzerner Stimmvolks will trotz angedrohtem Kahlschlag keine höheren Steuern. Nach dem Nein im Mai 2017 präsentiert uns die Regierung nun ein Budget nach dem sogenannten Kahlschlag. Wir stellen fest, dass es in einigen Bereichen weh tut. Ohne Gesetzesänderungen wird es zeitlich schwierig, relevante Verbesserungen im Budget vorzunehmen. Wir stellen aber auch fest, dass der budgetlose Zustand allein Einsparungen in Millionenhöhe gebracht hat. Weiter sind auch die höheren Ausschüttungen von SNB und LUKB wohlthuend für den Luzerner Staatshaushalt. Die SVP ist mit den Vorschlägen der Regierung nicht in allen Punkten einig, wo und wie das Ausgabenwachstum reduziert werden soll. Es erscheint aber illusorisch, das präsentierte Budget noch substantiell anzupassen. Auch die Mehrheit des Luzerner Stimmvolks wird sich kaum am neuen Budget erfreuen, ist doch für viele Leute auf der Strasse klar, wo der Sparhebel anzusetzen ist, nämlich bei der Verwaltung. Wir unterstützen die Haltung, es ist aber auch klar, dass dies nicht kurzfristig möglich ist. Dass aber noch Potenzial vorhanden ist, sieht man, wenn man die Broschüren der Dienststellen anschaut. Da werden trotz budgetlosem Zustand munter teure Leute eingestellt. Trotzdem ist uns auch klar, dass das grosse Ausgabenwachstum vor allem auch ausserhalb der Verwaltung stattgefunden hat. Die Bereiche Bildung, Gesundheit und Soziales fordern respektive überfordern den Kanton zunehmend. Mit einer Wachstumsrate in diesen Bereichen von jeweils 3 bis 5 Prozent ist klar, dass weniger zur Verfügung steht. Fazit: Der Staatsaufwand wächst trotz Sparmassnahmen stetig weiter. Gegenüber dem Vorjahr hat beim betrieblichen Aufwand eine Steigerung von 1,9 Prozent stattgefunden. Die SVP hat schon anlässlich der Beratung der letzten Budgets stets davor gewarnt, dass ein Wachstum über dem BIP nicht möglich sei. Somit hat uns die Vergangenheit einfach eingeholt. Die SVP-Fraktion tritt auf die Botschaft B 63a ein und stimmt ihr zu. Wir bieten keine Hand für zusätzliche Erhöhungen des Budgetdefizits. Die vorliegenden Anträge lehnen wir diskussionslos ab. Für die zukünftigen Budgets wünschen wir uns eine konsequente Umsetzung der Organisationsentwicklung. Zudem ist es wichtig, dass die bürgerlichen Kräfte auch in Zukunft im Rat zusammenarbeiten und so stabile Mehrheiten schaffen und den Kanton vorwärtsbringen können.

Für die FDP-Fraktion spricht Damian Hunkeler.

Damian Hunkeler: Wir haben heute den 11. September 2017 und beraten das Budget 2017. Das nun vorliegende Budget hat so niemand gewollt, keiner hat Freude daran, und wir hatten uns zusammen mit anderen aktiv für eine andere Lösung eingesetzt. Aber es ist jetzt so, wie es ist, und schon vor der vieldiskutierten Volksbefragung war für die FDP klar, dass die abgelehnte Steuerfusserhöhung nicht einfach telquel mit neuen Schulden kompensiert

werden darf. Es muss also gespart werden. An diesen Massnahmen hat ebenfalls niemand Freude, vor allem natürlich diejenigen nicht, die es betrifft. Wie relevant die einzelnen wegfallenden Beiträge für einen guten, funktionierenden Kanton Luzern sind, muss jeder für sich selber entscheiden. Zusammengefasst heisst das also, höhere Steuereinnahmen gibt es nicht, noch mehr Neuverschuldung wollen wir nicht, und alternative Vorschläge für Sparmassnahmen zu denjenigen der Regierung liegen keine mit einem entsprechenden Betrag vor. Für die FDP hat die Beendigung des budgetlosen Zustands erste Priorität, weshalb wir unter den oben erwähnten Prämissen dem Budget 2017 in der vorliegenden Fassung zustimmen und deshalb alle Anträge zu einer Verschlechterung kommentarlos ablehnen, denn schlussendlich müssen wir uns an das Gesetz halten. Weshalb übrigens gerade diejenigen Parteien, die den budgetlosen Zustand am lautesten beklagt haben, das Budget nun wieder ablehnen, erschliesst sich uns nicht, aber das muss es wohl auch nicht.

Für die SP-Fraktion spricht David Roth.

David Roth: Nach der Abstimmung vom Mai 2017, bei der sich die Regierung trotz mehrmaliger Nachfrage geweigert hat, die Konsequenzen aufzuzeigen, stehen wir vor einem Scherbenhaufen. Über ein halbes Jahr lang hat sich der Kanton Luzern in einem budgetlosen Zustand befunden. Die Regierung hat nach der Umfrage gemerkt, dass die Kommunikation besser werden muss. Ich glaube darin sind sich alle Fraktionen einig. Die Kommunikation der Regierung ist sehr schlecht. Aber das Grundproblem ist, dass der Regierung nicht einmal klar ist, was Kommunikation effektiv ist. Kommunikation ist per Definition die Übertragung von Information. Hier ist die Regierung gescheitert. Aber Kommunikation ist eben auch der Austausch von Information. Kommunikation ist keine Einbahnstrasse. Hier hat die Bevölkerung eine klare Sprache gesprochen. Sie wollte nicht mit einer Steuerfusserhöhung an Geschenke für Reiche und Unternehmen bezahlen. Der einzige Leistungsabbau, der referendumsfähig war, wurde von der Bevölkerung überdeutlich verworfen. Die Erhöhung der Musikschulbeiträge wurde mit 67 Prozent abgelehnt. Kommt Ihnen diese Zahl irgendwie bekannt vor? Ganz genau, die gleiche Prozentzahl hält die Tiefsteuerstrategie der Regierung für gescheitert, und ebenfalls 67 Prozent halten die Finanzpolitik für zufällig und konzeptlos. Diese Umfrage ist nicht etwa suggestiv, denn sie wurde von der Regierung in Auftrag gegeben. Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr, Sicherheit, Umwelt – nirgends findet sich eine Mehrheit der Befragten, die bereit ist, einen Leistungsabbau hinzunehmen. Aber Sie wollen den Abbau jetzt weitertreiben. Mit Volksvertretung hat das nichts mehr zu tun. Mit der unsäglichen Übung, die Sie bei der individuellen Prämienverbilligung veranstalten, stossen Sie Zehntausende Luzernerinnen und Luzerner in höchste Unsicherheit und in finanzielle Notlagen und treiben sie so in die Sozialhilfe. Wie die Gemeindevertreter dem zustimmen können, ist mir schleierhaft, denn der Abbau in der Prämienverbilligung ist nicht nur ungerecht, er ist auch überflüssig. Mit den Reserven, die bei der Ausgleichskasse lagern, können wir das auffangen. Dass solche Reserven existieren, ist das eine, dass sie wie durch Zufall jetzt entdeckt oder bislang unserem Rat verschwiegen wurden, ist das andere. Wenn man jetzt trotzdem dem Abbau der Prämienverbilligung zustimmt, dann wohl einfach nur noch, um die Menschen zu plagen. Das ist zynisch. Der Protest gegen den Abbau bei der Kultur war sehr laut. Auch hier sind zahllose Menschen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Aber es geht darüber hinaus. Der Abbau bei der Kultur ist ein Angriff auf die Identität unserer Gesellschaft. Der Schauspieler Patric Gehrig hat Ihnen einen eindrücklichen Brief geschrieben. Er endet mit einem Zitat von Richard von Weizsäcker: „Kultur ist kein Luxus, den wir uns leisten oder nach Belieben auch streichen können, sondern der geistige Boden, der unsere innere Überlebensfähigkeit sichert.“ Der Abbau der Sicherheit in der allerersten Daseinsberechtigung des Staates nimmt unglaubliche Ausmasse an. Was uns der Justiz- und Sicherheitsdirektor in der Kommission präsentierte, ist schlicht haarsträubend. Die Polizei läuft derart am Limit, dass identifizierte Kriminelle nicht verhaftet werden. Wie können Sie das eigentlich hinnehmen? Wann ist eine Strategie für Sie eigentlich gescheitert? Ihre Erfolgsindikatoren scheinen diejenigen eines Arztes zu sein, der konstatiert: Operation gelungen, Patient tot. Der Kanton breche nicht zusammen, lässt die Regierung verlauten.

Nein, allenfalls noch nicht. Aber wie die Hauptrednerin letzten Freitag an der Kundgebung klargemacht hat: Es sind die Budgets Zehntausender Menschen in diesem Kanton, die zusammenbrechen, Menschen, denen versprochen wurde, dass die Tiefsteuerstrategie zu keinen Abbaupaketen führen werde. Was ist Ihre Erklärung für diese Abbaupakete? Schuld ist der Nationale Finanzausgleich, schuld ist die Ablehnung der Steuerfusserhöhung, schuld ist das Fehlen des Nationalbankgeldes, schuld ist die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III, schuld sind zunehmende Schülerzahlen, schuld sind steigende Gesundheitskosten. Was haben wir schon alles an Schuldzuweisungen gehört in den letzten Jahren. Irgendetwas haben Sie immer gefunden. Aber das sind alles sich ändernde Umstände, die es zu lösen gilt. Das sind Herausforderungen, die man meistern müsste. Was heisst hier müsste – meistern kann, sollte es heissen. Das haben Regierungen in allen anderen Kantonen bewiesen, manche besser, manche schlechter, aber niemand so schlecht wie die Regierung und die parlamentarische Mehrheit in unserem Kanton. Wenn Sie die Schuld bei den Umständen suchen, wenn Sie versuchen, Umstände zu ändern, auf die Sie wenig bis keinen Einfluss haben, dann werden wir uns auch nicht der Problemlösung nähern. Der Regierungspräsident hat eine Politik der kleinen Schritte angekündigt. Das Problem liegt aber nicht in der Grösse der Schritte, sondern in der Richtung. Es wäre Zeit, wenn Sie die Ausreden endlich zur Seite legen und die Fehler nicht immer nur bei den anderen suchen, sondern den Praxistest Ihrer eigenen Strategie akzeptieren. Sie ist gescheitert.

Für die Grüne Fraktion spricht Michael Töngi.

Michael Töngi: Mein Blick geht zuerst zurück zur Abstimmung über die Steuererhöhung. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien haben richtig festgehalten: Die Bevölkerung hat Nein gestimmt, und sie ist skeptisch gegenüber höheren Steuern, das hat die Befragung ergeben. Das ist aber nur die eine Hälfte dieses Abstimmungssonntags. Die Stimmberechtigten sagten ebenfalls Nein zu einem Abbau bei der Musikschule. Auch dieses Resultat wird gestützt durch die Umfrage. In keinem einzigen Bereich, ausser bei der Verwaltung, will die Bevölkerung weitere Kürzungen, in 10 von 14 Bereichen sind es sogar weniger als ein Viertel der Leute. Zudem ist sogar ein recht grosser Anteil der Leute der Meinung, man müsse mehr ausgeben, so in Bildungsbereichen. Bisher haben die Regierung wie auch die bürgerliche Mehrheit dieses Rates nur die eine Hälfte der Botschaft vom Abstimmungssonntag im Mai gehört. Das ist falsch und für uns keine Grundlage für ein neues Budget. Ein weiteres Ergebnis der Untersuchung lautet, dass 67 Prozent der Befragten die Tiefsteuerstrategie als gescheitert ansehen. Dies ist kein Wunder, wenn die Steuern erhöht werden, dann ist es schwierig, noch über einen Erfolg einer Tiefsteuerstrategie zu diskutieren. Wenn die Kritik von unserer Seite bisher beim Regierungsrat nicht angekommen ist, so sollte er doch dieser selbst bestellten Umfrage genügend Gewicht geben und über Konsequenzen nachdenken. Das Resultat ist aber nicht nur für die Strategie blamabel, sondern auch für das Handeln des Kantons. Über 60 Prozent der Befragten erachten die Finanzpolitik als zufällig und konzeptlos. Wir schliessen uns dieser Feststellung an. Wir kritisieren nach wie vor den Prozess. Mit dem KP17 wurde zwar ein runder Tisch installiert, die Beteiligten mussten sich aber am Ende der zweiten Sitzung bereits auf Massnahmen einigen. So kommt es zu keinen Kompromissen. Wir haben von einem bürgerlichen Kompromiss gehört; damit konnten zwar ein paar Leitplanken gesetzt werden, aber ob diese halten, wird sich zeigen, wenn anlässlich der Budgetdebatte im Dezember nochmals zusätzlich 6 Millionen Franken eingespart werden müssen. Auf unseren Vorstoss über einen Planungsbericht Zukunft Luzern haben wir von der Regierung eine lapidare Antwort erhalten. Zum Sparen in der Verwaltung noch ein Satz. Es ist kein Wunder, dass die Leute bei der Verwaltung sparen wollen; wir hören hier im Rat ständig, es gebe noch Luft und Wasserköpfe und was sonst noch immer gesagt wird. Es ist kein Wunder, wenn die Leute zu diesem anonymen Begriff Verwaltung greifen, um einen Sparwillen zu zeigen. Es ist auch kein Wunder, wenn eine Partei ihre Wähler nicht von einer Steuererhöhung überzeugen kann, wenn sie ständig den Abbau predigt. Der neue Voranschlag beinhaltet einige Kürzungen, die Korrekturen aufgrund veränderter Grundlagen

beinhalten. Logisch, wenn es weniger Schüler gibt, dann können diese Verbesserungen im Budget eingerechnet werden. Tatsächlich enthält der Voranschlag nur Verbesserungen, aber keine Verschlechterungen. Ist das realistisch? Müssen wir mit Nachtragskrediten rechnen oder mit Überschreitungen in der Rechnung? Wir sind skeptisch, ob dieser Voranschlag standhalten kann. Zur Prämienverbilligung: Der ganzen Diskussion um die Prämienverbilligung stehen wir ebenfalls skeptisch gegenüber; noch ist nicht klar, ob in diesem Bereich Rückstellungen verwendet werden dürfen oder nicht. Die Leistungen unseres Kantons werden laufend weiter gekürzt. Die Prämienverbilligungen sind gemäss Gesetz für Personen mit bescheidenen Einkommen vorgesehen. Ursprünglich war ganz klar, dass sie nicht nur auf Personen beschränkt sein soll, die auch sonst Unterstützung vom Staat brauchen. Die Prämienverbilligung ist auch ein Pfeiler des Pro-Kopf-Systems bei den Krankenkassen und wurde stets bei Abstimmungen zu einem Systemwechsel – etwa zur Finanzierung der Prämien via Steuern – ins Feld geführt. Die geplante weitere Kürzung lehnen wir ganz klar ab. Zu den Stipendien: Anlässlich der Volksabstimmung ist der Bevölkerung eine Zahl versprochen worden, die nun nicht eingehalten werden kann. Das ist demokratiepolitisch mindestens gewagt, es ist aber vor allem für die Betroffenen sehr hart. In Sachen Stipendien steht unser Kanton auch sonst nicht gut da. Eine weitere Kürzung schadet dem Bildungsstandort Luzern und passt überhaupt nicht zu den Sonntagspredigten, dass Bildung unsere Ressource sei und wir einheimisches Potenzial ausschöpfen sollten. Zur Kultur: Vor einem Jahr hat unser Rat über die Salle Modulable diskutiert und sie schliesslich abgelehnt. Der Kulturstandort Luzern solle aber weiterhin gestärkt werden, so hiess es damals. Die freie Szene solle weiter gefördert und mit der etablierten Kultur verknüpft werden. Nun sollen diese Beiträge aber gestrichen werden, weil wir unfähig sind, entsprechende Budgets zu erstellen. Von dieser Streichung sind übrigens nicht nur die Kulturschaffenden selber betroffen, sondern auch das Gewerbe. Die Grüne Fraktion will eine andere Finanzpolitik. Wir haben heute nochmals erfolglos versucht, die Schuldenbremse auszusetzen. Unserer Meinung nach braucht der Kanton aber Mehreinnahmen. Laut Regierungserklärung braucht es Mehreinnahmen; die genaue Haltung der Regierung dazu kennen wir aber nicht. Die Grüne Fraktion stimmt weder dem Voranschlag noch dem Steuerfuss zu. Zu den einzelnen Anträgen nehmen wir anlässlich der Detailberatung Stellung.

Für die GLP-Fraktion spricht Urs Brücker.

Urs Brücker: Für die GLP ist klar, dass wir heute den budgetlosen Zustand, der uns zum Gespött der Nation macht und bei der Luzerner Bevölkerung zu einem hoffentlich nicht irreversiblen Vertrauensverlust geführt hat, beenden müssen. Im Dezember 2016 haben wir den ersten Voranschlag 2017 verabschiedet. Dieser war, obschon einige Massnahmen aus dem KP17 hinausgekippt wurden, dank der Lockerung der Schuldenbremse und der eingerechneten Steuerfusserhöhung von 1,6 auf 1,7 Einheiten gesetzeskonform. Den Rest der Geschichte kennen wir, am 21. Mai 2017 wird die Erhöhung des Steuerfusses vom Volk – gemäss vielzitierte Umfrage aus „Protest gegen die Tiefsteuerpolitik des Kantons“ – abgelehnt. Irgendwie versteht man dies nicht so richtig, denn immerhin hätten die Stimmberechtigten am 21. Mai 2017 die Tiefsteuerstrategie ja etwas korrigieren können. Das hätte das Stimmvolk übrigens innerhalb eines Jahres bereits zum zweiten Mal tun können, wir erinnern uns an die Abstimmung vom 25. September 2016, als rund 58 Prozent die Erhöhung der Unternehmensgewinnsteuer klar ablehnten. Damals lautete die Schlagzeile der „Luzerner Zeitung“, ich zitiere: „Luzerner stützen die Steuerstrategie der Regierung“. Zur Erinnerung die Schlagzeile der „Luzerner Zeitung“ vom 29. August 2017: „Zwei Drittel der Luzerner erachten Tiefsteuerstrategie als gescheitert“. Die Beurteilung, ob es ein eklatanter Gesinnungswechsel oder einfach mehr oder weniger bewusste mediale Fehlinterpretation war, überlasse ich Ihnen. Auf jeden Fall haben es Steuererhöhungen trotz der vielkritisierten Sparwut sehr schwer. Die Regierung kam nicht darum herum, doch noch den gefürchteten Plan B zu erarbeiten, welcher jetzt mit der Botschaft B 63a vorliegt. Bei rund 25 Millionen Franken Mehrertrag dank Nationalbank und LUKB – es ist gut, haben wir die Aktien nicht verkauft – und zusätzlichen Einsparungen von gut 39 Millionen Franken resultiert ein

Aufwandüberschuss von 52 Millionen Franken. Damit halten wir die für 2017 gelockerte Schuldenbremse gerade noch ein und können ein gesetzeskonformes Budget verabschieden. Die Kompensation des Ertragsausfalls aus der abgelehnten Steuererhöhung geschieht indes in praktisch allen Aufgabenbereichen. Dabei tragen die beiden Bereiche Sozialversicherungen (IPV) und das Asyl- und Flüchtlingswesen den Löwenanteil an der Kompensation – mindestens in Prozent der jeweiligen Globalbudgets. Daneben steuern auch die reduzierten Bildungskosten einen namhaften Beitrag zu den Einsparungen bei. Es hat wohl niemand in diesem Rat Freude an den erneuten schmerzhaften Einsparungen, welche für ein gesetzeskonformes Budget notwendig sind. Die GLP gewichtet aber das Ziel, jetzt endlich ein Budget 2017 zu haben, so hoch, dass wir weder Anträge stellen noch unterstützen, welche dieses Ziel gefährden. An dieser Stelle erlaube ich mir, uns den Spiegel vorzuhalten und eine kurze Würdigung der aktuellen, polemischen, aber unbestritten medienwirksamen Politik gewisser Parteien und deren Vertreter vorzunehmen. Wenn wir uns an Schuldzuweisungen an die Regierung laben und überbieten, ist das unehrlich und falsch. Wir entscheiden und nicht die Regierung. Rücktrittsforderungen, Sammelklagen, Protestaktionen und Kundgebungen bringen zwar willkommene Medienpräsenz, aber sicher keine mehrheitsfähigen Lösungen im Sinn der verantwortlichen Protagonisten. Auch Postulate wie das Postulat P 353 bringen uns kein Stück weiter. Wieder einmal wird, ich zitiere, „die Einleitung eines breitabgestützten politischen Prozesses für eine nachhaltige und ausgewogene Finanzpolitik“ gefordert. Endlich sollen unter Einbezug aller Parteien, Personal- und Wirtschaftsverbänden, Gemeinden und weiteren relevanten Anspruchsgruppen mehrheitsfähige Lösungen gefunden werden. Das versuchen wir jetzt seit Jahren: Leistungen und Strukturen I, Leistungen und Strukturen II, KP17. Wir sind noch nicht einmal fertig damit, und schon soll es wieder zurückgehen auf Feld eins. Noch etwas zum hehren Anspruch der Mehrheitsfähigkeit: Auch Minderheitslösungen aus unserem Rat können bei der Volksabstimmung zu Mehrheitslösungen werden. Das haben wir ja am 21. Mai 2017 erlebt. Bei Lösungen, die der Volksabstimmung unterliegen, wissen wir immer erst im Nachhinein, ob sie mehrheitsfähig waren. Diese Tatsache werden wir auch mit einem neuen, breit abgestützten politischen Prozess nicht ändern können. Es schleckt keine Geiss weg, dass der Kanton seine Nettoschulden in 15 Jahren von rund 2,2 Milliarden Franken auf etwa 300 Millionen Franken gesenkt hat – und dies bei gleichzeitigen Steuersenkungen für alle, die Unternehmen und die natürlichen Personen. Die Auswirkungen des weit überdurchschnittlich gestiegenen Ressourcenpotenzials unseres Kantons und die damit verbundenen Ausfälle beim NFA sind massiv. Aber letztlich ist es der richtige Weg in eine prosperierende Zukunft unseres Kantons. Im Moment allerdings stecken wir ohne Zweifel in einer unerfreulichen finanzpolitischen Durststrecke. Diese gilt es zu überstehen, ohne wieder zur Schuldenwirtschaft zurückzukehren. Die GLP tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu.

Ruedi Amrein: Den ganzen Nachmittag mussten wir bis jetzt hören, was der Kanton Luzern nicht gut macht, was er nicht erfüllt oder noch erfüllen könnte. Seit zwei Jahren hören wir diese Vorwürfe von der linken Seite. Das enttäuscht mich. Der Kanton Luzern ist aber in den letzten 50 Jahren noch nie so gut dagestanden wie heute. Wir jammern auf einem sehr hohen Niveau, obwohl ich die einschneidenden Massnahmen nicht wegreden möchte. Gerade den Schwächeren sollten diese Massnahmen nur dann zugemutet werden, wenn es keine andere Lösung gibt. Der Kanton hat aber zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine Strategie. Wir arbeiten an dieser Steuerstrategie. Als wir damit begonnen haben, folgte unmittelbar darauf die Finanzkrise. In Anbetracht dessen, dass ganz Europa davon betroffen war, suchen Firmen nicht einfach neue Standorte. Trotzdem hat sich der Kanton Luzern schweizweit verbessert. Wir sind auf dem Weg zu einer wirtschaftlich besseren Situation. Die Massnahmen, die wir nun treffen müssen, schmerzen. Trotzdem sollen wir Durchhaltewillen zeigen. Der Kanton Luzern arbeitet zum ersten Mal sichtbar an seinen Rahmenbedingungen. Das Staatswesen muss an den Rahmenbedingungen arbeiten, nur so kommt der Erfolg. Der Staat kann nicht, im Gegensatz zu einem Unternehmen, mit innovativen Produkten Erfolge erzielen. In den Neunzigerjahren lag der Steuerfuss im Kanton Luzern bei 1,9 Einheiten, das führte schon damals zu endlosen Budgetdebatten im Rat. In den meisten grundsätzlichen

Fragen erfüllt der Kanton seine Aufgaben. Gegenüber denen, die Einkommen bringen, ist er absolut verlässlich. Bitte verlassen Sie den eingeschlagenen Weg jetzt nicht.

Jim Wolanin: Die Stimmbevölkerung hat die Steuererhöhung nicht wegen der Unternehmenssteuern abgelehnt, so geht es zumindest aus der Umfrage hervor, ich zitiere: „Kritik an der Unternehmenssteuer lässt sich zwar beobachten, sie stand aber als Element gegen die Vorlage nicht im Zentrum.“ Die von der SP-Fraktion genannten 67 Prozent sind also nur ein Teil der Wahrheit.

Ylfete Fanaj: Ihnen wäre es am liebsten, wenn wir direkt zur Schlussabstimmung kommen würden. So könnten Sie sogar sagen, unser Rat hätte einen halben Tag eingespart. Zudem würde so auch nicht auffallen, welche Leistungen tatsächlich gekürzt worden sind. Sie könnten dann weiterhin behaupten, dass Sie nicht sparen möchten und Sie sich für die Prämienverbilligung und die Kultur eingesetzt hätten. Die SP-Fraktion will aber, dass Ihr Abstimmungsverhalten öffentlich wird. Wir haben Anträge und Vorstösse eingereicht, um diese Leistungen, die gekürzt werden sollen, sichtbar zu machen. Jedes Jahr trifft es die gleichen Bereiche, wir können jedes Jahr wieder die gleichen Anträge einreichen und müssen lediglich noch die Zahlen anpassen. Wir wissen, dass unsere Anträge chancenlos sind. Dennoch sind wir es den Menschen, die von diesen Kürzungen betroffen sind, schuldig. In den letzten sechs Jahren hat der Kanton Luzern über eine halbe Milliarde Franken an Leistungen abgebaut.

Giorgio Pardini: Es ist wichtig, gewisse Zahlen ins richtige Licht zu rücken. In den letzten zehn Jahren hat der Kanton Luzern viel geleistet und den Schuldenberg reduziert. Der Kanton hat die Schulden aber nicht durch die Steuerstrategie reduziert, sondern weil er 700 Millionen Franken aus dem Goldverkauf der Schweizerischen Nationalbank für den Schuldenabbau eingesetzt hat. Nachträglich könnte man sogar fragen, ob es sinnvoll gewesen ist, diese 700 Millionen Franken nur für ein Geschäft einzusetzen in Anbetracht der noch ausstehenden Investitionen wie etwa dem Tiefbahnhof. Tatsächlich hat die Stimmbevölkerung den Steuersenkungen immer zugestimmt, dabei handelt es sich aber um ein weltweites Phänomen. Es muss zuerst etwas Tiefgreifendes passieren, damit die Steuern erhöht werden. Wir werden irgendwann an diesen Punkt gelangen. Der Kanton Luzern ist nicht wegen des budgetlosen Zustands zum Gespött der Nation geworden, sondern weil wir im reichen Luzern ohne Schulden dastehen, aber den Menschen die Prämienverbilligungen oder Lektionen in den Schulen streichen. Nun hat die Regierung zugegeben, dass ihre Politik nicht aufgeht, sonst hätte sie die Schuldenbremse nicht lockern wollen. Diese Lockerung der Schuldenbremse wird aber nicht ausreichen, weil sich der Kanton seit 2008 in einer Finanzkrise befindet. Der Kanton wird aber kein Wachstum erwirtschaften können. Die Rechnung des Finanzdirektors ist also nicht aufgegangen.

Franz Räber: Ich komme auf die Abstimmungsanalyse zurück. Eine Frage lautete, ob man lieber Schulden machen oder die Steuern erhöhen möchte. Gerade einmal 8 Prozent der Befragten wollten mehr Schulden machen, 63 Prozent waren damit überhaupt nicht einverstanden. Eine andere Frage lautete, wie man sich bei einem Defizit verhalten würde. 70 Prozent der Befragten verlangten Kürzungen bei der Verwaltung. Bis jetzt habe ich aber von linker Seite keine andere Lösung gehört, als Schulden zu machen, obwohl 70 Prozent der Befragten dies nicht wollen. Für uns ist Schuldenmachen aber kein Kompromiss. Die Kantonsratspräsidentin hat heute Morgen von Solidarität gesprochen, daran sollten wir jetzt denken. Machen wir aber weiter wie bisher, bleibt es beim budgetlose Zustand. Um diese Situation zu vermeiden, haben die CVP, die SVP und die FDP einen Kompromiss geschlossen. Die FDP wird das Budget, so wie es nun vorliegt, genehmigen.

Monique Frey: Der Schuldenabbau ist nicht aufgrund der Steuerstrategie erfolgt, sondern weil der Kanton Luzern Geld von der Nationalbank erhalten hat. Bereits anlässlich der Diskussionen zur Unternehmenssteuerreform wussten wir alle, was auf uns zukommen würde, denn die Finanzkrise hatte damals schon begonnen. Schon damals hat die Grüne Fraktion vor der Steuerstrategie gewarnt. Der Kanton Luzern wollte aber bei der Unternehmenssteuer unbedingt eine Vorreiterrolle einnehmen. Die negativen Folgen davon sind uns allen bekannt. Mittlerweile sieht auch die bürgerliche Seite ein, dass wir kein

prosperierender Kanton sind. Der Kanton Luzern ist nach dem Schuldenabbau gut dagestanden; so konnte er die Universität aufbauen und die Fachhochschule ausbauen. Diese Errungenschaften wollen die Grünen erhalten. Damit diese Bildungsangebote aber von der breiten Bevölkerung genutzt werden können, braucht es auch Stipendien. Auch bei der Prämienverbilligung muss der Kanton nachziehen. Im Gegensatz zu anderen Kantonen bezahlen Personen mit einem tiefen Einkommen im Kanton Luzern hohe Steuern und Abgaben. Laut Verfassung müssen wir unsere Politik an dieser Bevölkerungsgruppe messen, im Moment ist das aber nicht der Fall. Es ist einige Male gesagt worden, von linker Seite seien keine praktikablen Lösungen präsentiert worden. Es ist aber nicht damit getan, dem Volk einfach nur eine Steuererhöhung zur Abstimmung vorzulegen. Es ist die Aufgabe unseres Rates, gemeinsam einen praktikablen Kompromiss zu finden. Bis jetzt aber verweigert die bürgerliche Seite einen solchen Kompromiss. Wir verlangen ein gerechteres Steuersystem und haben entsprechende Vorstösse dazu eingereicht.

Räto B. Camenisch: Der Kanton Luzern hatte 2,5 Milliarden Franken Schulden, und es gab Jahresbudgets mit Defiziten von bis zu 100 Millionen Franken. Regierungsrat Kurt Meyer hat mit der Einführung der Schuldenbremse einen prosperierenden Kanton geschaffen. Obwohl der Kanton Budgetprobleme hat, ist er prosperierend, diese Tatsache lassen wir uns nicht schlechtreden. Der Kanton hat die Wirtschaftskrise überstanden und befindet sich in einem dauernden Konkurrenzkampf mit seinen Nachbarkantonen, die steuerlich tiefer liegen. Ich bitte Sie, dem Ruf des Kantons nicht unnötig zu schaden. Die Zahlen der Wirtschaftsansiedlung und der Wohlstand der Bevölkerung sprechen für sich.

Helene Meyer-Jenni: Die linke Seite freut sich über einen vielfältigen, aktiven, florierenden, kulturell bewegten und entwicklungsfähigen Kanton. Im Moment erleben wir den Kanton aber nicht so. Es gibt nicht genügend Ressourcen, um den Kanton weiterzuentwickeln. Das sind nicht meine Worte, sondern die des Kantonsgerichtspräsidenten von heute Morgen, als er erklärt hat, im Moment könne das Kantonsgericht wahrscheinlich keinen Planungsbericht erstellen. Laut Ruedi Amrein sind die Linken am Jammern und schuld an der momentanen Situation. Ich stelle fest, dass wir Linken scheinbar viel mehr Gewicht und Macht haben als wir 23 Vertreter im Rat. Warum kann der Kanton nicht besser verträgliche Massnahmen in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Kultur und Bildung einleiten, wenn er sich auf so einem guten Weg befindet? Es ist ein Widerspruch, immer wieder an den Durchhaltewillen zu appellieren und gleichzeitig, hier zitiere ich die Kantonsratspräsidentin, zu Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit, und das alles mit Augenmass, aufzurufen. Genau das will die linke Seite, Augenmass und verträgliche Massnahmen.

Giorgio Pardini: Räto B. Camenisch hat Kurt Meyer erwähnt, einen der letzten grossen Regierungsräte. Nicht ohne Grund war er gegen die Initiative, die der Verein für tragbare Steuern lanciert hatte. Er hat in diesem Rat vehement gegen diese Initiative gekämpft und auf ihre Folgen hingewiesen. Heute ist genau die Situation eingetreten, die Kurt Meyer vorhergesagt hat. Wir haben den Kanton gegen die Wand gefahren.

Patrick Hauser: Es würde von Grösse zeugen, wenn die Linke endlich die Realität akzeptieren würde. Die Bevölkerung hat am 21. Mai 2017 entschieden, dass der Kanton Luzern mit den ihm zur Verfügung gestellten Mittel auskommen soll. Die Regierung und die bürgerliche Mehrheit in diesem Parlament übernehmen dafür die Verantwortung und setzen diesen Volksauftrag um, auch wenn wir vor dem 21. Mai 2017 teilweise einen anderen Weg unterstützt hätten. Die Linke hingegen ignoriert den Volkswillen klar und will, wie bisher, mehr Geld ausgeben, als dem Kanton zur Verfügung steht. Das geht an der Realität vorbei und zeugt von Verantwortungslosigkeit. Die Linke bemüht immer wieder den Begriff „Sparen“ oder gar „Totsparen“. Von Sparen kann aber nicht die Rede sein, wenn wir einfach die Mehrausgaben begrenzen. Für das Jahr 2017 sind aber gegenüber dem Vorjahr Mehrausgaben von 24 Millionen Franken geplant. Wer hier noch von Sparen spricht, definiert diesen Begriff neu. Vielmehr kann von einem Bremsen des Ausgabenwachstums gesprochen werden. Wir geben nicht weniger Geld aus, sondern müssen uns immer wieder aufs Neue fragen, wo die leider begrenzten Mittel eingesetzt werden sollen. Die letzten paar

Minuten zeigen, dass es sich dabei um keine einfache Diskussion handelt. Ist es aber redlich, bei diesem stetigen Ausgabenwachstum von einem Totsparen des Kantons zu sprechen? Aus meiner Sicht nicht, weil wir jährlich mehr Geld für die staatlich erbrachten Leistungen ausgeben. Das ist die Wahrheit.

Ordnungsantrag Gisler Franz: Abbruch der Diskussion.

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag mit 65 zu 36 Stimmen zu. Die zuvor angemeldeten Redner dürfen noch sprechen.

David Roth: Um bei der Wahrheit zu bleiben: Die Pro-Kopf-Ausgaben sind tiefer als vor zehn Jahren. Es ist ebenso wahr, dass uns die Tiefsteuerstrategie geschadet hat. Es geht nicht nur um die Steuereinnahmen, sondern auch um den Verlust beim Nationalen Finanzausgleich. Heute habe ich in der Stadt Luzern folgendes Plakat an einem Haus entdeckt: „Verlegen Sie Ihren Hauptsitz hierhin, ohne dass Sie physisch anwesend sind.“ Etwa so sieht auch Ihre Politik aus. Sie wollen Steuereinnahmen erzielen, ohne dafür eine Eigenleistung zu erbringen. Dieses Vorgehen wird von der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu Recht bestraft. Das vorliegende Budget ist der Auftakt zu einer weiteren Politik, die auf Fantazahlen beruht. Weder die Steuervorlage 2017 noch die Aufgaben- und Finanzreform 2018 werden die erwarteten Einnahmen bringen. Die Schuldenbremse wird ihrem Namen ebenfalls nicht gerecht werden. Ich bitte Sie deshalb, das Budget abzulehnen. Alles andere ist Augenschwermerei und bringt den Kanton Luzern nicht weiter.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich bin froh darüber, dass wir die Budgetdiskussion zu Ende führen können. Wir wollen vorwärtskommen, damit wir die Prämienverbilligungen (IPV) ausbezahlen oder mit der Renovation der Zentral- und Hochschulbibliothek (ZHB) beginnen können. Ich verzichte darauf, auf Fragen zu IPV, Kultur und Polizei einzugehen, weil wir im Anschluss an die Eintretensdebatte verschiedene Vorstösse zu diesen Themen behandeln. Dem Kanton Luzern geht es gut. Ich habe mich ein Jahr lang mit dem Thema Innovationen befasst und kann daher sagen, dass der Kanton Luzern innovativ ist. Alles andere ist falsch. Innovation ist der Schlüssel zur Zukunft. Es gibt auch viel Positives zu berichten. Der Kanton Luzern weist eine unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit auf. In den letzten Jahren haben wir 8000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Hinter diesen 8000 Arbeitsplätzen stehen etwa 5000 Familien. Den Gemeinden geht es gut. Wir haben Schulden in der Höhe von 2,1 Milliarden Franken abgebaut. Giorgio Pardini hat in diesem Zusammenhang nur auf die 700 Millionen Franken von der Nationalbank hingewiesen. Wir haben aber noch weitere 1,4 Milliarden Franken Schulden abgebaut. Allein die Verzinsung dieser Schulden hätte pro Jahr 63 Millionen Franken gekostet. Es ist sinnvoller, diesen Betrag in die Bildung oder die Gesundheit investieren zu können, statt Schulden verzinsen zu müssen. Die Steuereinnahmen sind ebenfalls gestiegen, das lässt sich im Finanzleitbild, den Budgets und den Staatsrechnungen nachlesen. Wir können Investitionen tätigen, die Substanz der Liegenschaften ist gestiegen. Deshalb ist die Investitionsrechnung weder in der PFK noch im Rat ein Thema. Wir können die Investitionen finanzieren, sonst hätten wir ja zusätzliche Schulden. Der Durchgangsbahnhof wird teuer werden; dabei handelt es sich aber zuerst um eine Bundesangelegenheit. Wir haben die Steuerbelastung für alle gesenkt, auch für die natürlichen Personen. Wir haben heute tragbare Steuern und befinden uns damit ungefähr im schweizerischen Durchschnitt. Dass die tiefen Einkommen relativ gesehen überdurchschnittliche Steuern zahlen, hat damit zu tun, dass wir als einer der wenigen Kantone eine Personalsteuer von 50 Franken verlangen. Die Kantone ohne Personalsteuer befinden sich deshalb rein relativ betrachtet weiter vorne. Noch etwas zur Kultur: Wir sprechen immer über den Inhalt der Kultur, selten aber über die Zahlen dahinter. Wir geben pro Jahr rund 22 Millionen Franken für Kultur aus, das ist richtig viel Geld. Damit lässt sich einiges anfangen im Kulturkanton Luzern.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Antrag Stutz Hans zu S. 26/H0-1010 Staatskanzlei: Auf die Massnahme „Verzicht auf Aufstockung Personalbestand Datenschutzbeauftragter“ ist zu verzichten. Das Globalbudget

ist um 200 000 Franken zu erhöhen.

Hans Stutz: Ich beantrage, das Pensum des Datenschutzbeauftragten um 50 Prozent zu erhöhen. Wir haben denselben Antrag bereits im Dezember gestellt, tun dies aber nochmals, weil neue Gründe hinzugekommen sind. Gestern hat Regierungsrat Guido Graf erklärt, dass die Gesetze einzuhalten seien. Beim Datenschutzbeauftragten ist dies nicht mehr der Fall. Ich zitiere aus dem Tätigkeitsbericht 2016 des Datenschutzbeauftragten: „Die gesetzlichen Aufgaben konnten daher im Berichtsjahr wiederum nicht vollumfänglich wahrgenommen werden. Die Datenschutzaufsicht im Kanton Luzern ist somit auf eine rein reaktive Tätigkeit reduziert, was weder den kantonalen gesetzlichen Vorgaben noch dem übergeordneten Recht entspricht.“ Zudem erhält der Datenschutzbeauftragte mit dem neuen Polizeirecht, über das wir ja befinden werden, mehr Kompetenzen. Er muss für die Einhaltung von Datenschutzbestimmungen sorgen, was für ihn zusätzliche Arbeit bedeutet. Aus diesen Gründen kommen Sie fast nicht umhin, dem Antrag zuzustimmen.

Adrian Nussbaum: Ich nehme zu allen elf Anträgen Stellung und erlaube mir zwei Vorbemerkungen. Wir befinden uns beim Traktandum 10. Es geht nicht um rote oder schwarze Listen, es geht nicht um einen bürgerlichen Kompromiss, und es geht auch nicht um die Steuerstrategie, sondern einzig und allein um das Budget 2017, obwohl das Jahr 2017 schon fast zu Ende ist. Niemand von uns wollte eine 2. Beratung über das Budget. Diese Debatte findet auf der Basis eines Scherbenhaufens statt. Dieser Scherbenhaufen ist nicht auf die Steuerstrategie zurückzuführen, sondern weil unser Rat es im letzten Dezember nicht geschafft hat, ein Budget inklusive Steuerfuss zu verabschieden, welches vor dem Volk eine Mehrheit gefunden hätte. Heute geht es nur darum, was wir mit diesem Scherbenhaufen tun. Entweder wischen wir ihn zusammen oder wir treten weiter genussvoll darauf herum. Sowohl die SP wie auch die Grünen haben anlässlich der laufenden Debatte nicht nur ihre eigenen Parteiprogramme zitiert, sondern auch unseres. Dieser Wahlkampfeinsatz hat meines Erachtens aber zwei Grenzen. Erstens die Unmöglichkeit der Umsetzung: Auf der Liste finden sich Anträge, die schlicht nicht umsetzbar sind. Wie wollen Sie bis Ende Jahr 200 000 Franken für einen neuen Datenschutzbeauftragten ausgeben? Wie wollen Sie die bereits abgebauten Ferien und Überstunden bei der Polizei wieder aufholen? Zweitens die politische Verantwortung: Wer die vorliegende Antragsliste unterstützt, lehnt die Verantwortung ab und unterstützt eine Verlängerung des budgetlosen Zustands. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Grünen und der SP, Sie brauchen diese Debatte für Ihren Wahlkampf. Das ist Ihr Recht. Seien Sie aber bitte am Ende Ihrer Wahlkampfdebatte ehrlich; auch wenn Sie die Steuerstrategie als gescheitert bezeichnen, de facto missachten Sie den Volksentscheid vom 21. Mai 2017. Das Volk hat uns den Auftrag erteilt, ein Budget 2017 ohne höhere Steuern zu erarbeiten. Die CVP-Fraktion hält sich daran und übernimmt die politische Verantwortung für das Budget 2017. Nur aus diesem Grund lehnen wir alle Anträge ab. Ich verzichte darauf, diese Begründung bei den einzelnen Anträgen nochmals zu wiederholen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich kann mich dem Votum von Adrian Nussbaum anschliessen. Die vorliegenden Anträge finden keinen Platz im Budget. Kein einziger Antrag führt zu einer Entlastung des Budgets. Wie von Adrian Nussbaum bereits ausgeführt, können gewisse Anträge gar nicht erst umgesetzt werden. Die Regierung äussert sich nur noch punktuell und soweit notwendig zu den einzelnen Anträgen. Wir lehnen sämtliche Anträge ab. Wir wollen unseren Mitarbeitenden die Löhne bezahlen, die Prämienverbilligung ausbezahlen und mit dem Umbau der Zentral- und Hochschulbibliothek vorwärtskommen. Um das Budget nicht zu gefährden, bitte ich Sie, alle Anträge abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 83 zu 20 Stimmen ab.

Antrag Stutz Hans/Fanaj Ylfete zu S. 75/H1-6620 JSD-Polizeiliche Massnahmen: Streichung Massnahme „Abbau Mehrarbeitszeit“. Das Globalbudget ist um 1,45 Mio. Franken zu erhöhen.

Hans Stutz: Adrian Nussbaum möchte ich entgegnen, dass wir Politik für die Bevölkerung machen. Die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Luzern, ob stimmberechtigt oder

nicht, verstehen genau, was wir hier machen. Es geht auch darum, auf die Folgen der gescheiterten, desolaten Finanzstrategie des Kantons aufmerksam zu machen. Der Antrag 11 enthält übrigens eine Kompensation, vorausgesetzt dass das Geld trotz des budgetlosen Zustands noch nicht ausgegeben worden ist. Nun aber zum vorliegenden Antrag. Der Finanzdirektor hat gestern erklärt, wenn eine Ampel bei Rot überfahren werde, brauche es auch die nötigen Sanktionen. Im Moment werden die gesetzlichen Bestimmungen als Folge der Finanzpolitik nicht mehr eingehalten. Diese Tatsache ist sowohl anlässlich der PFK-Sitzung als auch der JSK-Sitzung klargeworden. Was die Bevölkerung aber nicht erfahren soll, ist, dass es in einem Teil des Kantons am Wochenende kaum noch Patrouillen gibt und die Polizei bei einigen Unfällen nicht mehr ausgerückt ist. Weil nicht genügend Personal vorhanden ist, musste die Polizei 200 Anfragen abweisen. Für einen funktionierenden Kanton ist ein solcher Zustand nicht tragbar. Davon sollte auch die Öffentlichkeit Kenntnis haben.

Ylfete Fanaj: Die Folgen dieses Abbaus bei der Polizei sind viel schlimmer als geahnt. Wenn sich hier ein Netzwerk von Kriminellen bildet, ist es schwierig, dieses wieder aus dem Kanton zu entfernen. Die Strafverfolgung leidet ebenfalls darunter, weil die entsprechenden Finanzen fehlen. Sie haben es mit Ihrer Finanzpolitik soweit gebracht und einen finanziellen Flächenbrand gelegt, aber nun spielen Sie sich als verantwortungsvolle Feuerwehr auf. Das ist nicht glaubwürdig.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Der Antrag lag der PFK im selben Wortlaut, aber mit einem Betrag von 1,5 Millionen Franken vor und wurde mit 13 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Charly Freitag: Es geht darum, Verantwortung zu übernehmen. Wir haben einen Auftrag der Bevölkerung, welche eine Steuererhöhung abgelehnt hat. Wir haben darauf hingewiesen, was passiert, wenn die Steuererhöhung nicht angenommen wird. Jetzt gilt es, damit umzugehen. Die vorliegenden Anträge bewirken, dass der budgetlose Zustand weitergeht, weil wir kein gesetzeskonformes Budget haben. Damit wird es noch schlimmer, und wir verlängern den momentanen Zustand um weitere drei Monate. Wie es nächstes Jahr aussehen wird, wissen wir nicht. Ich bitte die Antragsteller und alle, welche diese Anträge unterstützen, Verantwortung zu übernehmen. Bitte verabschieden Sie das Budget, damit wenigstens Investitionen getätigt werden können und die Polizei im minimalen Rahmen, soweit es das Budget erlaubt, arbeiten kann. Hören Sie auf, im Rat Propaganda zu betreiben und von Sachen zu reden, die nicht möglich sind. Es gilt nun, den Volkswillen umzusetzen. Ich bitte Sie deshalb, sämtliche Anträge abzulehnen.

David Roth: Ich erkläre Ihnen an einem Beispiel, wie der minimale Rahmen aussieht, den die Polizei noch zu leisten bereit ist. Ein Kollege von mir wurde am Freitagabend in der Stadt Luzern mit mehreren Faustschlägen traktiert. Dabei wurde ihm die Nase mehrmals gebrochen. Er hat die Polizei angerufen und kam in die Warteschlange. Schlussendlich ist die Polizei deutlich später als die Ambulanz am Tatort eingetroffen. Derjenige, der geprügelt hat, ist noch auf weitere Personen losgegangen, auch als die Ambulanz bereits vor Ort war. Die Polizei war nirgends. Das ist doch kein Zustand. Sie wollen den Leuten ernsthaft erklären, dass ihre physische Integrität weniger wert ist, als jetzt das Budget zu verabschieden. Sie hätten mit einer anderen Ausgestaltung der Schuldenbremse bereits die Möglichkeit gehabt, das Budget zu verabschieden. Der Wille dazu hat Ihnen aber gefehlt. Sie riskieren lieber die physische Integrität der Menschen in diesem Kanton.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Mit der Reduzierung der präventiven Präsenz wird die Warteschlange tatsächlich länger. Die Einsatzleitzentrale hat klare Kriterien und muss immer eine Triage machen, auch wenn sehr viele Patrouillen unterwegs sind. Priorität haben immer Leib und Leben. Wenn weniger Patrouillen im Einsatz sind, kann es zu Einschränkungen kommen. Das war aber bereits vor dieser Reduktion der Patrouillendichte der Fall. Es können jedoch nie so viele Patrouillen im Einsatz sein, dass am Freitagabend bei jedem Ereignis ausgerückt werden kann. Ich bedaure es natürlich, wenn die Interventionszeit im genannten Beispiel zu

lange gedauert hat. Die Polizei ist aber ausgerückt. Um die Sicherheit zu gewährleisten, ist es wichtig, 2018 bei der präventiven Präsenz und den Interventionszeiten wieder Boden zu fassen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 76 zu 22 Stimmen ab.

Antrag Celik Ali R./Candan Hasan zu S. 117/H2-3400 BKD-Berufs- und Weiterbildung: Auf die Kürzung der Freibeträge bei den Stipendien ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 2 Mio. Franken zu erhöhen.

Ali R. Celik: Mit einer weiteren Kürzung der Stipendien um 2 Millionen Franken für das laufende Jahr fährt der Kanton einen schädlichen Kurs für die Hochschulbildung, für finanziell schwache Personen und für Familien, die für die finanzielle Unterstützung ihrer Kinder nicht aufkommen können. Die vorgeschlagene Reduktion würde nicht nur auf die Bedürftigen eine massive Auswirkung haben, sondern auch auf die kantonalen Hochschulen. Gemäss Mitbericht zur Beteiligungsstrategie 2018 sind die sinkenden Zahlen von Studierenden das grösste Risiko für die kantonalen Hochschulen, weil diese zu weniger Einnahmen führen. Mit weiteren Reduktionen der Stipendien würden die kantonalen Hochschulen auch finanziell belastet. Neben den massiven Kürzungen der Freibeträge bei den Stipendien wurden auch Leistungskürzungen bei der Ausrichtung der individuellen Prämienverbilligung beschlossen, welche unter anderem auch die Stipendienberechtigten massiv treffen. Sie können kaum durch die Sozialhilfe unterstützt werden wie andere Personen mit tiefem Einkommen. Deshalb würden Stipendienberechtigte mehrfach benachteiligt. Wenn Ludwig Peyer erklärt, die CVP werde nächstes Jahr keine weiteren Kürzungen bei den Stipendien akzeptieren, ist nicht klar, welche weiteren Kürzungen damit gemeint sind. Mit den vorgeschlagenen Kürzungen der Freibeträge landet der Kanton Luzern im Kantonsvergleich auf dem zweitletzten Platz. Der Mittelwert aller Kantone liegt bei 38 Franken pro Einwohner, im Kanton Luzern dagegen nur bei 19 Franken. Aus Sicht der Grünen sind weitere Kürzungen der Stipendien für eine konstruktive Bildungspolitik nicht verantwortbar. Wir haben bildungspolitische Aufgaben, dass der Kanton gute Bildungsbedingungen für die Aus- und Weiterbildung bereitstellen kann.

Hasan Candan: Diese Sparmassnahme ist sinnbildlich für die Chaospolitik in diesem Kanton. Mit dieser Massnahme treiben die bürgerlichen Parteien junge Menschen in die Sozialhilfe. Zudem führt es zu einer Chancenungleichheit innerhalb des Kantons. Laut Stipendiengesetz müssen die Förderung der Chancengleichheit, die Erleichterung des Zugangs zur Bildung, die Unterstützung der Existenzsicherung während der Ausbildung sowie die freie Wahl der Ausbildung und der Ausbildungsstätte gewährleistet werden. Das ist aber nicht mehr der Fall. Sie politisieren an der Bevölkerung vorbei, die aufgrund von immer höheren Abgaben nicht auch noch mehr Steuern bezahlen will. Ich zitiere aus der Bevölkerungsumfrage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob weniger ausgegeben würde, gleich viel oder mehr.“ Bei der Berufsbildung wollen 51 Prozent der Befragten gleich viel ausgeben, 46 Prozent der Befragten wollen mehr ausgeben.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Monique Frey: Zurzeit werden die Stipendienanträge durch die Studierenden eingereicht, deshalb werden diese 2 Millionen Franken jetzt benötigt. Die Stimmbevölkerung hat die Steuererhöhung abgelehnt; es ist schwierig, dieses Abstimmungsergebnis zu interpretieren. Nun muss unser Rat darüber befinden, wie es weitergehen soll. Diese Entscheidungsmöglichkeit hatten wir unter anderem bereits gestern, als wir über eine Aussetzung der Schuldenbremse für das Jahr 2017 befunden haben. Es ist Ihr Wille, dass Sie diesen Antrag abgelehnt haben. Sie können also die Verantwortung nicht einfach abwälzen. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Wir wollen allen den Zugang zur Bildung ermöglichen. Junge Menschen sollen nicht in die Sozialhilfe gedrängt werden. Kinder, die aus schwierigen Verhältnissen stammen, sollen möglichst schnell auf eigenen Füssen stehen können. Es ist bekannt, dass Kinder aus besser gestellten Familien vermehrt

eine Hochschule besuchen. Das ist für den Kanton Luzern unwürdig.

Der Rat lehnt den Antrag mit 75 zu 22 Stimmen ab.

Antrag Celik Ali R. zu S. 119/H2-3500 BKD-Hochschulbildung: Auf die Reduktion der Medienbeschaffung an der ZHB, der Dienstleistungen und Honorare ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 225 000 Franken zu erhöhen.

Ali R. Celik: Die Sanierung der Zentral- und Hochschulbibliothek (ZHB) zieht sich seit mehreren Jahren in die Länge. Seit Jahren ist die ZHB ein Provisorium; bis eine Bestellung ausgeliefert werden kann, dauert es fast eine Woche. Der Personalaufwand der ZHB hat sich im Jahr 2017 aufgrund der Sparmassnahmen verringert. Anstatt die mangelnden Dienstleistungen zu verbessern, will die Regierung die Kosten für die Medienbeschaffung und die Dienstleistungen nochmals kürzen. Aus unserer Sicht muss auf diese Massnahmen verzichtet werden.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Der Antrag lag der PFK im selben Wortlaut, aber mit einem Betrag von 300 000 Franken vor.

Der Rat lehnt den Antrag mit 76 zu 19 Stimmen ab.

Antrag Celik Ali R./Schuler Josef zu S. 128/H3-3502 BKD-Kultur und Kirche: Auf die Kürzung der Beiträge für Kultur und Kunst ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 800 000 Franken zu erhöhen.

Ali R. Celik: Es ist davon auszugehen, dass infolge dieser Kürzung Projekte und Projektbeiträge, die erst vor Kurzem geplant wurden, wieder eingefroren werden müssen. Diese gesprochenen Beiträge kamen zustande, um die freie Theater- und Tanzszene zu stärken, auszubauen und fit zu machen. Die vorgeschlagene Kürzung würde nicht nur massive Konsequenzen für kleine Kulturbetriebe im Kanton haben, sondern daraus könnte eine Arbeitslosigkeit bei Produzenten, Regisseuren und Schauspielern resultieren. Ich kann mir nicht vorstellen, wie man trotz dieser Beitragskürzung die Kultur im Kanton fördern will und wie dieses Vorgehen dem Image unseres Kantons generell helfen soll. Ich gehe nicht davon aus, dass wir als Volksvertreter unter Kulturförderung nur die Förderung der grossen Kulturinstitutionen wie des KKL oder des Luzerner Theaters verstehen sollen. Wollen wir nur die grossen Kulturbetriebe fördern, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass sich alle anderen Betriebe ohne öffentliche Mittel entwickeln müssen? Inwieweit trägt die öffentliche Hand eine Mitverantwortung, dass die freie Kunst- und Kulturszene auch in Zukunft aktiv sein kann? Warum sollen wir mit der vorgeschlagenen Kürzung die Förderung der Kultur leichtfertig und kurzfristig aufs Spiel setzen, wenn wir an Kulturförderung im Allgemeinen und an der regionalen Kunst und Kultur im Besonderen interessiert sind? Es geht nicht nur um Verständnis und Respekt gegenüber unseren Theater- und Kunstschaffenden, sondern um die Existenz vieler Kulturbetriebe. Deshalb ist es wichtig, das Globalbudget um 800 000 Franken zu erhöhen.

Josef Schuler: Wenn ich Kultur geniessen will, bleibe ich am liebsten im Seetal. Um diese Kleinkulturszene im Seetal erhalten zu können, strengen wir uns sehr an. Das ist nicht so einfach, gerade wenn nicht genügend finanzielle Mittel vorhanden sind. Die SP-Fraktion stellt den Antrag, das Globalbudget um 800 000 Franken zu erhöhen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Urban Frye: Gestern hat der Finanzdirektor erklärt, dass der Kanton 25 Millionen Franken für die Kultur ausbebe, und das sei viel Geld. Bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Kultur befindet sich der Kanton Luzern aber im Mittelmass. Die grossen Stadtkantone, insbesondere Basel, geben sehr viel mehr Geld für Kultur aus. Dasselbe gilt für Kantone mit grossen kulturellen Zentren, insbesondere Zürich. Diese Standorte stehen trotz höherer Unternehmensgewinnsteuern wirtschaftlich sehr viel besser da als der Kanton Luzern. Wenn man in einen Standort investieren will, muss man nicht nur die Steuern senken, sondern ihn auch attraktiv machen. Dazu gehören vor allem Kultur und Bildung. Warum ist der Standort

von Google in Zürich und nicht in Luzern? Weil die Mitarbeitenden Zürich cooler finden als Luzern. Wir sollten also in die Kultur investieren, wenn die Finanzstrategie des Regierungsrates einmal greifen sollte. Deshalb sollten weder kulturelle Leistungen noch das Bildungsangebot abgebaut, sondern es sollte darin investiert werden.

Helene Meyer-Jenni: Wir stecken mitten im Verteilungskampf um die Gelder. Bei der Kultur wird das besonders ersichtlich. Die grossen Kulturinstitutionen erfuhren eine kleine Abfederung über die Lotteriegelder. Anders sieht es bei den Betrieben aus, die nicht über den Zweckverband organisiert sind. Diese Betriebe kommen ans Limit, weil ihnen die Verbindlichkeit fehlt, die der Bildungs- und Kulturdirektor angesprochen hat. Wir bedauern es sehr, dass im Postulat P 405 von Urban Frye die sachlichen Rahmenbedingungen scheinbar nicht gegeben sind, um eine gewisse Abfederung vornehmen zu können. Aus diesem Grund bitten wir Sie, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Zum Antrag selber nehme ich keine Stellung, jedoch zum Votum von Urban Frye. Wenn Sie schon einen anderen Kanton als Beispiel nehmen, um die Kultur zu erklären, überlegen Sie sich, wer in Basel die Kultur bezahlt und wer wie viel Steuern bezahlt. Es ist das Mäzenatentum, das Sie hier bekämpfen wollen. Wenn Sie dabei noch die Steuervorlage 17 (SV17) und die Pläne des Kantons Basel-Stadt berücksichtigen, müssen Sie eingestehen, dass Ihre Aussage komplett falsch ist.

Der Rat lehnt den Antrag mit 76 zu 22 Stimmen ab.

Antrag Zemp Baumgartner Yvonne zu S. 137/H4-5020 GSD-Gesundheit: Auf die Kürzung im Bereich Gesundheit, gemeinwirtschaftliche Leistungen LUKS, wird verzichtet. Das Globalbudget ist um 200 000 Franken zu erhöhen.

Yvonne Zemp Baumgartner: Die SP-Fraktion beantragt, die gemeinwirtschaftlichen Leistungen im Kantonsspital nicht weiter zu kürzen. Das Spital hat in diesem Bereich in der Vergangenheit schon einen grossen Sparbeitrag erbracht. Bei dieser Massnahme sind Kürzungen bei besonderen Grossereignissen vorgehsehen, was in Anbetracht der weltweiten politischen Bedrohungslage nicht sinnvoll ist.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 73 zu 20 Stimmen ab.

Antrag Zemp Baumgartner Yvonne zu S. 137/H4-5020 GSD-Gesundheit: Auf die Kürzung im Bereich Gesundheit, Assistenzärzte in Ausbildung, wird verzichtet. Das Globalbudget ist um 400 000 Franken zu erhöhen.

Yvonne Zemp Baumgartner: Damit die medizinische Versorgung auch in Zukunft sichergestellt werden kann, hat sich die Regierung für die Förderung von Assistenzärzten eingesetzt. Es ist deshalb kontraproduktiv, in diesem Bereich bereits wieder zu sparen. Der Kanton soll gegenüber den Spitälern ein verlässlicher Partner bleiben. Die SP-Fraktion beantragt, auf die Kürzung von 400 000 Franken zu verzichten.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 77 zu 21 Stimmen ab.

Antrag Reusser Christina zu S. 148/H5-5011 GSD-Sozialversicherungen: Auf die Massnahme „Kürzung des übrigen Anspruches auf IPV“ ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 9,75 Mio. Franken zu erhöhen. (Die 9,75 Mio. Franken setzen sich aus 1,9 Mio. Franken Voranschlag 1. Entwurf und 7,85 Mio. Franken 2. Entwurf zusammen.)

Christina Reusser: Regierungsrat Guido Graf hat die Medien bereits gestern über die Situation bei der individuellen Prämienverbilligung informiert, obwohl die Debatte darüber heute noch läuft. Dieses Vorgehen befremdet mich. Unser Rat kann darüber entscheiden, welche Prioritäten er wo setzen will. Der Regierungsrat hat seine Prioritäten zulasten der Personen gesetzt, die eine Prämienverbilligung beziehen. Unser Rat hätte beispielsweise die Möglichkeit gehabt, die Schuldenbremse auszusetzen. Der Gesamtregierungsrat hat sich

aber dafür entschieden, zulasten der ärmeren Personen zu sparen. Die Grüne Fraktion will das nicht. Ich zitiere ebenfalls wie schon einige andere vor mir die Kantonsratspräsidentin: „Wer nimmt jetzt, und wer gibt jetzt in dieser Frage?“ Wir nehmen von denen, die nichts haben.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 74 zu 21 Stimmen ab.

Antrag Zemp Baumgartner Yvonne zu S. 148/H5-5011 GSD-Sozialversicherungen: Auf die Kürzungen im Bereich Prämienverbilligung wird verzichtet. Das Globalbudget ist um 14 Mio. Franken zu erhöhen (davon 7 Mio. Franken Rückvergütung Ausgleichskasse aus Rückstellung für 2016 und 7 Mio. Franken Beiträge Gemeinde an IPV).

Yvonne Zemp Baumgartner: Die mit der Auszahlung der IPV ausgelöste Unsicherheit hat dem Image des Kantons nachhaltig geschadet. Seit gestern wissen wir von Regierungsrat Guido Graf, dass 7670 Haushalte Prämienfelder zurückbezahlen müssen. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, dass die Regierung die Spielregeln für die Bezugsberechtigung kurzfristig angepasst hat. Mit der weiteren Kürzung bei der IPV verpufft die ursprünglich geplante Wirkung, weil neben den Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen und wirtschaftlicher Sozialhilfe immer weniger Menschen nachhaltig entlastet werden. Für die SP-Fraktion kommt deshalb eine weitere Kürzung in diesem Bereich nicht mehr infrage. Uns ist aber klar, dass unser Antrag nur mit einer teilweisen Gegenfinanzierung eine Chance hat. Wir haben letzte Woche erfahren, dass die Ausgleichskasse über ein Konto mit Rückstellungen verfügt. Zuerst waren wir darüber etwas irritiert und dachten, es handle sich um eine schwarze Kasse. Nun sehen wir darin aber eine Chance, die Kürzungen bei der IPV fast rückgängig zu machen. Wir beantragen deshalb, auf die Kürzung von 14 Millionen Franken zu verzichten und je 7 Millionen Franken aus den Gemeindekassen und den Rückstellungen der Ausgleichskasse zu finanzieren. Bei den Gemeinden sind diese Gelder bereits bewilligt und zurückgestellt. Der Kanton würde statt 7,85 Millionen Franken nur 7 Millionen Franken ausgeben, dieses Geld aber durch die Auflösung der Rückstellungen der 7 Millionen Franken bei der Ausgleichskasse wieder einnehmen. So könnten den Bezugsberechtigten die eigentlich zustehenden Beiträge ausbezahlt werden. Die rechtlich unsichere Situation würde dadurch ebenfalls entspannt. Es wäre auch ein Bekenntnis zum Grundsatz, wonach sich Arbeit lohnen muss. Jetzt werden die tiefen Einkommen schlechter gestellt als die Sozialhilfeempfänger. Die Regierung hat sich in den letzten Jahren nicht davor gescheut, ihren Haushalt zu sanieren, indem sie bei Spitälern mehr Gelder als vereinbart abgeschöpft hat. Jetzt ist eine Sonderlösung mit der Ausgleichskasse gefordert. Nur so ist es möglich, die bewilligten Gelder bei den Gemeinden zu aktivieren.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Bei einer bilanzierten und revidierten Rückstellung handelt es sich nie um eine schwarze Kasse, das möchte ich klarstellen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 81 zu 20 Stimmen ab.

Antrag Hofer Andreas/Candan Hasan zu S. 176/H7-2040 BUWD-Umwelt und Energie/36372001 Energie-Förderprogramme: Auf die Kürzungen im Bereich Energie-Förderprogramm ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 500 000 Franken zu erhöhen.

Andreas Hofer: Im Antrag 10 wird das Budget um 500 000 Franken erhöht, im Antrag 11 hingegen um 500 000 Franken reduziert. Diese beiden Anträge sind budgetneutral. Der Finanzdirektor hat in seinem Eintretensvotum erklärt, dass alle Anträge das Budget verschlechtern würden; dem ist aber nicht so, denn der Antrag 11 bringt eine Verbesserung des Budgets von 500 000 Franken. Vielleicht wurde der Betrag von 500 000 Franken aber bereits an die Wirtschaftsförderung ausbezahlt, was ich bei einem budgetlosen Zustand

schlichtweg nicht verstehen könnte. Während der Budgetdebatte habe ich mehrmals gehört, dass der Volkswille respektiert werden müsse. Dieser Meinung bin ich ebenfalls. Die Luzerner Bevölkerung hat zur Energiestrategie 2050 mit einem Anteil von über 60 Prozent Stimmen Ja gesagt und erwartet, dass der Kanton entsprechend handelt. Unsere Regierung macht jedoch genau das Gegenteil. Jahr für Jahr wird das Budget für die Energie-Förderprogramme zusammengestrichen und gekürzt. Doppelt stört aber, dass für jeden Franken, den wir nicht für das Energie-Förderprogramm ausgeben, der Bund seinen Franken ebenfalls nicht auszahlt. Wir entziehen damit dem Energie-Förderprogramm nicht nur 500 000 Franken, sondern 1 Million Franken. Dieses Geld fehlt, damit der Kanton vom Ausland unabhängiger werden kann und die Wertschöpfung in unserem Kanton bleibt. Allein aus dem Kanton Luzern fließen jedes Jahr über 500 Millionen Franken für Energie ins Ausland, eine halbe Milliarde Franken also, die unseren KMU fehlt. Wenn Sie Wirtschaftsförderung betreiben wollen, stimmen Sie dem Antrag 10 zu, die KMU danken es, und der Kanton profitiert von höheren Steuererträgen.

Hasan Candan: Die Bevölkerung hat dem Energie-Förderprogramm mit über 60 Prozent Ja-Stimmen zugestimmt und damit gezeigt, dass der Kanton einen neuen Weg einschlagen soll. Die Wertschöpfung soll im Kanton bleiben, indem in erneuerbare Energien investiert wird. Die RUEK berät zurzeit das neue Energiegesetz, das 2018 in Kraft treten soll. Ein wichtiger Bestandteil des Gesetzes ist, die erneuerbaren Energien zu fördern. In diesem Zusammenhang spielt das Energie-Förderprogramm eine wichtige Rolle. Für jeden investierten Franken erhalten wir vom Bund sogar 2 Franken. Es ist deshalb nicht angebracht, in diesem Bereich zu sparen. Der Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor hat uns erklärt, dass unabhängig vom budgetlosen Zustand die Gelder für das Jahr 2017 bereits aufgebraucht seien. Deshalb können zurzeit auch keine Gesuche mehr eingereicht werden. Das kommt einem Angriff auf die Luzerner KMU gleich. Es ist unglaublich, ein neues Energiegesetz zu beschliessen und gleichzeitig Kürzungen beim Energie-Förderprogramm vorzunehmen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Dieser Antrag ist der PFK vorgelegen und mit 14 zu 3 Stimmen abgelehnt worden.

Jürg Meyer: Wir brauchen heute ein gültiges Budget, unter anderem auch für alle, die ein Energie-Förderprogramm eingereicht haben. Wenn wir Korrekturen vornehmen, dann sicher nicht in diesem Bereich, weil wir bereits 3 Millionen Franken aus dem Vorjahr in das Jahr 2017 übertragen haben. Aus diesem Grund muss ich den Antrag leider ablehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 88 zu 20 Stimmen ab.

Antrag Hofer Andreas zu S. 186/H8-2031 BUWD-Wirtschaft/36362008 Stiftung Wirtschaftsförderung: Das Globalbudget ist um 500 000 Franken zu reduzieren.

Andreas Hofer: Im Postulat P 384 schildere ich ein Beispiel, wie die Wirtschaftsförderung mit unseren Steuergeldern umgeht. Für ihre Jahresversammlung 2016 hat die Wirtschaftsförderung trotz budgetlosem Zustand 40 000 bis 50 000 Franken ausgegeben. Laut dem Direktor der Wirtschaftsförderung sei für die Jahresversammlung auch schon weniger ausgegeben worden. Ich hätte von der Wirtschaftsförderung erwartet, dass sie mit unserem Kanton solidarisch ist und auf den ganzen Pomp und die dekadente Feier verzichtet hätte. Wieso hätte die Wirtschaftsförderung aber darauf verzichten sollen, wenn sie jedes Jahr öffentliche Gelder in der Höhe von über 1 Million Franken erhält? Der Kanton allein zahlt jedes Jahr 675 000 Franken, und niemand hinterfragt die von der Wirtschaftsförderung erbrachte oder, wie ich meine, nicht erbrachte Leistung. Im Jahr 2016 hat es 14 Neuansiedlungen gegeben. Bedenkt man den riesigen Aufwand, ist das zu wenig, vor allem wenn angenommen werden kann, dass diese Firmen auch ohne Wirtschaftsförderung nach Luzern gekommen wären. Die Wirtschaftsförderung hat selber erkannt, dass dieses Kosten-Leistungs-Verhältnis krass daneben ist. Sie setzt deshalb neu auch auf die Betreuung von ortsansässigen Betrieben. Im Jahresbericht rühmt sich die Wirtschaftsförderung, dass sie 90 Arbeitsplätze geschaffen habe. Wie viele dieser 90

Arbeitsplätze wären auch ohne die Wirtschaftsförderung entstanden? Wieso soll die Betreuung von ortsansässigen Betrieben mit öffentlichen Geldern finanziert werden? Ich habe von Wirtschaftsvertretern schon oft gehört, dass sich die Politik nicht in die Wirtschaft einmischen soll, die Wirtschaft könne das viel besser. Ich bitte die Wirtschaftsvertreter dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft die Betreuung von ortsansässigen Firmen selber finanziert. Laut Jahresbericht 2016 der Wirtschaftsförderung werden Lohnkosten von mehr als 1 Million Franken ausgewiesen. Der Direktor der Wirtschaftsförderung soll rund 300 000 Franken verdienen. Wenn das stimmt, verdient er mehr als unsere Regierungsräte. Bei aller Kritik an der Arbeit der Regierungsräte weiss ich, dass diese mehr leisten, mehr Verantwortung tragen und mehr Kritik einstecken als der Direktor der Wirtschaftsförderung. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Michèle Graber: Der Antrag verlangt, einen grossen Teil des Kantonsbeitrags an die Wirtschaftsförderung zu streichen, nämlich 500 000 von 630 000 Franken. Ich weiss nicht, ob eine solche Kürzung rechtlich überhaupt möglich ist, und kann nicht beurteilen, ob die Ausführungen des Antragstellers stimmen. Ich weise aber auf einen anderen Punkt hin. Dieses Jahr muss mit der Wirtschaftsförderung eine neue Leistungsvereinbarung ausgearbeitet und unterzeichnet werden. Vor der Unterzeichnung erhält die WAK diese Vereinbarung und hat so die Möglichkeit, Einfluss darauf zu nehmen. Meiner Meinung nach ist das der richtige Weg. Die Fachkommissionen sollen alle Leistungsvereinbarungen prüfen, um die eingekauften Leistungen beurteilen und Einfluss nehmen zu können. Bei der verlangten Beitragskürzung handelt es sich um einen Hüftschuss. Die GLP lehnt den Antrag deshalb ab.

Urban Frye: Am 2. Juli 2017 ist in der „Zentralschweiz am Sonntag“ ein Portrait über Rico Fehr, den neuen Chef von EY Luzern, erschienen. Soweit ich weiss, ist Rico Fehr CVP-Mitglied und ebenfalls Mitglied der Wirtschaftsförderungsgruppe der CVP. Im Zeitungsinterview erklärt Rico Fehr, dass der Kanton Luzern kein Ausgabenproblem habe, sondern ein Einnahmenproblem. Damit meint er nicht die Steuereinnahmen, sondern die schlechte Performance der Wirtschaftsförderung. Im Kanton Luzern gibt es zirka 200 000 Arbeitsstellen. Die Wirtschaftsförderung erklärt, dass sie rund 300 Arbeitsstellen geschaffen habe, was 0,1 Prozent entspricht. Bei den Firmengründungen handelt es sich bei 80 Prozent um Einzelmasken. Das bedeutet, dass die Leistung der Wirtschaftsförderung im Bereich des nicht mehr Messbaren liegt. Rico Fehr hat es etwas moderater ausgedrückt, aber eigentlich müsste man von einer erbärmlichen Leistung sprechen. Der Direktor der Wirtschaftsförderung scheint das selber bemerkt zu haben und will nun bereits ansässige Firmen pflegen. Was genau ist darunter aber zu verstehen? Unter Wirtschaftsförderung versteht man vor allem die Förderung von Startups. Die Startups haben oft Mühe, genügend Startkapital zu beschaffen. Ich verstehe unter Wirtschaftsförderung beispielsweise, den Bildungsstandort zu fördern, die Zusammenarbeit mit den Hochschulen zu intensivieren und die LUKB dazu zu bringen, mehr Geld für Venture-Capital zur Verfügung zu stellen. Meiner Meinung nach könnte man einen Teil des Beitrags an die Wirtschaftsförderung in solche Projekte stecken. Ich stimme dem Antrag zu.

David Roth: Ich habe mich schon vor ein paar Jahren über die Sinnhaftigkeit der Wirtschaftsförderung erkundigt. Deshalb habe ich Walter Stalder von der Wirtschaftsförderung persönlich getroffen, um mit ihm meine Kritik zu besprechen. Ein Kritikpunkt war, dass die Wirtschaftsförderung nicht versucht, das in Luzern bereits vorhandene Potenzial zu nutzen und zu entwickeln und die Hochschulabgänger in Luzern zu behalten. Die Antwort des Wirtschaftsförderers war, dass ich ihn auf dem falschen Fuss erwischt habe, die Wirtschaftsförderung biete zwei Praktika für Absolventen der Fachhochschule für Wirtschaft an. So sieht also das Verständnis der Wirtschaftsförderung aus. Sie erbringt ihre Leistung nicht, weil sie eine falsche Herangehensweise hat. Trotzdem erhält sie nach wie vor 500 000 Franken vom Kanton. Im Gegenzug kürzen wir die

individuelle Prämienverbilligung und treffen so Menschen mit tiefem Einkommen. Dafür hat die Bevölkerung wohl kaum Verständnis. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag zu unterstützen.

Charly Freitag: Ich weiss nicht, von welcher Organisation Sie sprechen, aber es muss sich um eine andere handeln als die Wirtschaftsförderung. Anstatt Behauptungen aufzustellen, bitte ich Sie, eine entsprechende Anfrage zu stellen. Ich übe die Funktion des Gemeindepräsidenten in Beromünster aus. In Beromünster gibt es Firmen mit mehr als 50 Angestellten; diese werden durch die Wirtschaftsförderung betreut. Die deutsche Firma Brita hat ihre Produktion von Wasserfiltern im Ortsteil Neudorf. Diese Produktion ist nur aus einem Grund im Kanton Luzern, nämlich wegen der Wirtschaftsförderung. Bitte hören Sie also mit diesen Behauptungen auf.

Othmar Amrein: Diese Kritik kann ich so nicht stehen lassen. Die Wirtschaftsförderung kümmert sich auch um KMU. Es werden nicht nur direkte Gelder gesprochen, sondern auch Darlehen vermittelt. Diese Erfahrung konnte ich mit meinem eigenen Unternehmen machen. Ich kann mich deshalb dem Votum von Charly Freitag anschliessen. Wir alle haben übrigens eine Einladung zu einem Apéro für Kultur auf dem Land erhalten. Die Kulturliebhaber finanzieren also ebenfalls Apéros. Wenn die Kultur das darf, sollte es die Wirtschaftsförderung ebenfalls tun dürfen.

Ordnungsantrag Moser Andreas: Abbruch der Diskussion.

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag mit 72 zu 33 Stimmen zu. Die zuvor angemeldeten Redner dürfen noch sprechen.

Andreas Hofer: Ich bitte Charly Freitag den Jahresbericht der Wirtschaftsförderung zu lesen. Die Zahlen dort sprechen eine andere Sprache. Michèle Graber hat von einem Hüftschuss gesprochen. Ich möchte daran erinnern, dass es sich nicht um den ersten Hüftschuss dieser Art handeln würde; so wurde zum Beispiel die Denkmalpflege auf einen Schlag um die Hälfte reduziert. Dadurch sind unwiederbringliche Schäden verursacht worden.

Guido Müller: Die Mehrheit unseres Rates möchte ein Budget. Was nun vorliegt, ist ein Kompromiss. Ich stelle fest, dass die linke Seite kein Budget möchte, darum zieht sie die Diskussion in die Länge. Sie bringt Vorschläge, die nicht in eine Budgetberatung gehören. Die Leistung der Wirtschaftsförderung darf hinterfragt werden, aber nicht anlässlich der Budgetdebatte, sondern mittels einer Anfrage. Denken Sie doch bitte an all die Einladungen zu Anlässen, die wir alle erhalten. Es ist für mich bezeichnend, dass sich der ehemalige Kantonsratspräsident und viele seiner Kollegen von der linken Seite über den Anlass der Wirtschaftsförderung aufregen. Lustigerweise fand zwei Wochen später ein ähnlicher Anlass statt, dabei ging es um die Zusammenlegung der Gesundheitsschule. Dieser Anlass fand auf demselben Schiff statt und hat wahrscheinlich gleich viel oder sogar noch mehr gekostet, weil viel mehr Personen daran teilgenommen haben. Über diesen Anlass hat sich aber niemand von der linken Seite aufgeregt, auch nicht darüber, dass Steuergelder verschleudert worden sind. Bitte hören Sie auf mit dieser Polemik. Es geht heute darum, das Budget zu verabschieden. Lehnen Sie deshalb den Antrag von Andreas Hofer ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich möchte die Diskussion nicht verlängern und verweise auf das Postulat P 343 von Andras Hofer. Die Regierung äussert sich mit korrekten Fakten anlässlich der Behandlung dieses Postulats. Der Kanton und die Gemeinden steuern weniger als die Hälfte zum Budget bei. Die Wirtschaft selber bezahlt mehr als die Hälfte. Wirtschaftsförderung, und somit Ansiedlung, Bestandespflege und Neuunternehmerförderung, ist eine Angelegenheit, die nicht nur von einer Stelle – egal von welcher – gemacht werden kann. Es müssen alle wollen: die Politik, die Unternehmen, der Kanton und die Gemeinden. Deswegen ist es richtig, dass es eine Bestandespflege gibt und Anlässe zur Vernetzung durchgeführt werden. Dort werden neue Unternehmer, die nach Luzern kommen, vernetzt und helfen sich gegenseitig. Ich kann Andreas Hofer beruhigen, der Beitrag wurde noch nicht ausbezahlt, weil wir uns in einem budgetlosen Zustand befinden. Wir kennen die Regeln, und wir halten sie ein.

Der Rat lehnt den Antrag mit 79 zu 28 Stimmen ab.

Fraktionserklärungen

Für die CVP-Fraktion spricht Ludwig Peyer.

Ludwig Peyer: Im Mai 2017 hat die Luzerner Stimmbevölkerung eine moderate Steuererhöhung abgelehnt. Diesen Entscheid akzeptieren wir. Damit sprach man sich gegen zusätzliche 64 Millionen Franken Staatseinnahmen und gleichzeitig für weitere Sparmassnahmen aus. Die Luzernerinnen und Luzerner haben damit auch den eingeschlagenen Weg der Steuerpolitik einmal mehr bestätigt, ich erinnere an die Abstimmung zur Unternehmenssteuer vom letzten Jahr. In Respektierung dieses Volkswillens wird die CVP dem Budget 2017 zustimmen, es gibt kurzfristig keine Alternative. Eine A-gogo-Neuverschuldung, wie das von Links gefordert wird, wäre eine krasse Missachtung des Volkswillens. Ich habe das Gefühl, die linke Seite nimmt den Volkswillen nicht ernst. Es gibt aber Mehrheiten, die zu akzeptieren sind. Auch wir hätten uns ein anderes Ergebnis gewünscht. Vielleicht wäre das mit etwas mehr Herzblut von linker Seite doch noch gelungen, an uns lag es definitiv nicht. Mit einem gültigen Budget 2017 können wir die verbleibenden Kredite noch ausbezahlen und Aufträge an KMU vergeben, welche teilweise arg unter diesem Zustand gelitten haben. Die Kürzungen bei der individuellen Prämienverbilligung akzeptieren wir, weil sonst kein Budget zustande kommt und die Zustände noch schlimmer würden. Die Kürzungen sind auch nur deshalb tolerierbar, weil die am meisten davon abhängigen Bezügerinnen und Bezüger, nämlich diejenigen mit Ergänzungsleistungen und wirtschaftlicher Sozialhilfe, davon ausgenommen sind. Im Gegensatz zur linken Ratsseite glauben wir, was vom Departement und von Regierungsrat Guido Graf dazu kommuniziert worden ist. So finden wir die Aktion der SP mit der Sammelklage sehr befremdlich. Sie zielt nämlich nicht einfach auf die Politik, sondern auf die staatliche Institution Kanton, indem behauptet wird, wir würden gesetzeswidrig informiert, und der Kanton würde sich gesetzeswidrig verhalten. Ich finde diese Politik bedenklich. Wir haben gestern von Ihnen Wörter wie zynisch und unredlich gehört. Ich verwende diese Wörter nicht, aber ich übernehme ein Wort von Helen Schurtenberger, nämlich Schaumschlägerei, so sagt man dem. Durch die moderate Lockerung der Schuldenbremse, die wir ja beschlossen haben, ist auch ein Budget 2018 in Reichweite. Das ist der bürgerliche Kompromiss. Auch hier geht es letztlich darum, den Volkswillen zu respektieren, der uns auch einen Sparauftrag auferlegt hat. Wir können uns auch das nächste Jahr nicht einfach beliebig verschulden. Ich wiederhole noch einmal die drei Bereiche, in denen wir Tabuzonen sehen: bei den polizeilichen Leistungen und der Strafverfolgung, bei der individuellen Prämienverbilligung und bei den Stipendien. Noch ein Wort zur Luzerner Steuerpolitik: Sie hat bekanntlich zum Ziel, den Kanton Luzern finanzkräftiger zu machen, und ist daher als Investition zu betrachten. Es wurden die Unterziele beschlossen, nämlich bei den natürlichen Personen in den schweizerischen Durchschnitt zu gelangen und bei den Unternehmen an die Spitze zu kommen. Daher sind auch die Kosten für diese Steuergesetzrevision vor allem bei den natürlichen Personen zu suchen. Wir haben teilweise 30 bis 40 Prozent weniger auf der Steuerrechnung. Zwischenzeitlich wissen wir aber auch, dass wir bei der Umsetzung dieser Strategie wohl zwei Fehler gemacht haben. Einerseits waren wir zu optimistisch, was die Zeitverhältnisse bei der Unternehmenssteuer angeht. Andererseits haben wir wohl die Ausfälle beim NFA unterschätzt. Ironischerweise sind jetzt ja gerade diese Ausfälle dadurch zustande gekommen, weil bei der direkten Bundesteuer mehr Unternehmenssteuern beim Bund angefallen sind. Ich frage mich, wieso die Linke unsere Motion bekämpft, die diesen Fehlmechanismus mittels einer Kantonsinitiative bekämpft. Ich bin auf die entsprechende Begründung gespannt. Wir haben drei finanzpolitische Herausforderungen zu meistern: erstens die ordentliche Kostensteigerung, die wir bewältigen müssen; zweitens die Kosten der Steuerstrategie, weil es ja eine Investition ist; drittens die NFA-Ausfälle. Das ist für den Kanton eindeutig zu viel, um es im Courant normal zu bewältigen. Darum war und ist es auch legitim, dass wir uns während dieser Phase der Steuergesetzrevision moderat neu verschulden oder die Steuern massvoll erhöhen. Das mit den Steuern hat nicht geklappt, deshalb ist es legitim, eine moderate Neuverschuldung, wie wir sie mit diesen 7 Prozent beschlossen haben, einzugehen. Wir müssen gleichzeitig aber aufpassen, dass wir keine

imageschädigenden Sparmassnahmen mehr ergreifen. Wir haben unser Image durch die Steuerpolitik verbessern können. Aber es gibt auch Schlagzeilen wie nicht bezahlte IPV-Gelder, Zwangsferien und Museumsschliessungen, und wir müssen aufpassen, dass das in der Schweiz nicht Schule macht, wenn man vom Kanton Luzern spricht. Es gibt auch Leute, die nicht nur die Steuern anschauen. Wir ziehen zum Schluss eben nicht den Schluss, dass die Steuerstrategie gescheitert ist, weil es eine Investition ist. Wir müssen vielleicht da und dort Justierungen vornehmen, aber der Weg ist der richtige. Wir können diese Kritik an der Steuerstrategie auch nicht einfach aus der Bevölkerungsumfrage herausnehmen. Es handelte sich um eine Detailfrage, und ich frage mich, wie viel die Befragten wohl über diese Steuerstrategie gewusst haben, als man ihnen diese Frage am Telefon gestellt hat. Wir haben ein Problem aus dieser Bevölkerungsbefragung, weil wir Vertrauen verloren haben. Es gilt daher primär, das Vertrauen zurückzugewinnen und nicht mit Sammelklagen die Verunsicherung zu schüren. In diesem Sinn rufe ich alle Akteure auf, etwas von der Sturheit abzulegen, Realitätssinn zu zeigen und den heute vorgezeigten Weg zu gehen.

Für die FDP-Fraktion spricht Andreas Moser.

Andreas Moser: Wir stehen kurz vor der Schlussabstimmung zum Voranschlag 2017. Es ist der 12. September 2017. Neun Monate nach dem regulären Termin im Dezember 2016 haben wir heute eine Chance, die wir packen wollen. Wir, das sind die drei bürgerlichen Parteien CVP, SVP und FDP. Wir übernehmen Verantwortung, wir handeln gemeinsam, wir raufen uns zusammen nach dem Nein zur Steuererhöhung und setzen um, was die Bevölkerung endlich wünscht: ein rechtsgültiges Budget, damit der Kanton wieder funktioniert und ein verlässlicher Partner ist für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Der Voranschlag 2017 und der bürgerliche Kompromiss von CVP, SVP und FDP bei der vorhin verabschiedeten Änderung des Gesetzes über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG) sind Gelingensbedingungen, damit in den Folgejahren mehr Ruhe und Stabilität in die Finanzpolitik kommen kann. Sie sind auch Voraussetzung, dass die Steuerstrategie erfolgreich umgesetzt werden kann. Es ist richtig, dass der Weg dorthin viel anspruchsvoller und langwieriger war als erwartet. Es brauchte deutlich mehr Schnauf als geplant. Wir sind, und da sind sich die Bürgerlichen einig, auf einem guten Weg, aber noch nicht ganz am Ziel. Damit dies gelingt, braucht es flankierende Massnahmen, weitere Ausgabenenkungen, einen Ausgabenstopp und eine temporäre Flexibilisierung der Schuldenbremse im Jahr 2018, aber keine langfristige Verschuldung. Das ist gerade für die FDP sehr wichtig. Das Volk will keine neuen Steuern, es will Kosten sparen. Es will aber auch keine Neuverschuldung. Es will ein Staatswesen, das seine Hauptaufgaben wahrnehmen kann, aber diese effektiv und effizient anbietet. Das Volk will einen Staat, der nicht immer mehr Mittel bekommt, sondern sich auf das Wesentliche beschränkt. Die CVP, die SVP und die FDP handeln verantwortungsbewusst mit einem klugen Kompromiss, zu dem alle drei Parteien stehen können, damit der Kanton Luzern weiterkommt. Verantwortungslos handelt dagegen die SP. Sie geisselt die erfolgreiche Tiefsteuerstrategie, gefährdet damit Arbeitsplätze und will Unternehmen schwächen. Profitiert haben vor allem die Bürger und nicht allein die Wirtschaft. Eben darum ist es eine zweiteilige Strategie, auch wenn einige Medien und Randgruppen ständig das Gegenteil behaupten. Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass eine Mehrheit in diesem Kanton nicht das will, was Sie wollen. Die SP will partout nirgends sparen, sie spricht von Bildungshölle, wo keine ist, sie negiert klare Volksabstimmungen und Umfragen, weil sie nicht in ihre Ideologie passen. Sie verführt ihre Anhänger und weckt so Erwartungen an einen Staat, die nicht finanzierbar sind und eine Mehrheit der Bevölkerung auch gar nicht will. Sie beschimpfen die Bürgerlichen als unsozial und kulturfeindlich und wollen noch mehr Geld von jenen, die sowieso schon den Löwenanteil bestreiten. Sie betreiben Wahlkampf und Skandalisierung auf dem Buckel der Schwachen, produzieren eine Vorstossflut und verantwortungslosen Mehraufwand für die Verwaltung, obwohl viele Vorstösse gar nicht umsetzbar sind. Das ist unredlich und verantwortungslos. Geführt werden sie von selbstverliebten Köpfen, denen der Klamauf und die Provokation wichtiger sind als echte politische Lösungen. Wie viel einfacher ist es doch, demokratische Strukturen und gewählte Vertreter der bürgerlichen Parteien lächerlich zu

machen und als unfähig darzustellen, als glaubwürdig mit mehrheitsfähigen Lösungsvorschlägen aufzutreten. Die SP hat sich doch schon längst vom konstruktiven Dialog verabschiedet. Mit diesem Stil hat sie auch in Zukunft keinen Platz in einer kantonalen Regierung. Die Bürgerlichen machen jetzt, was die Linke von uns immer eingefordert hat: Wir übernehmen Verantwortung für die Finanzpolitik, für den Kanton Luzern und die Bevölkerung. Ein erster Schritt dazu ist ein überzeugtes Ja zum Voranschlag 2017.

Für die SP-Fraktion spricht Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Es gäbe viele Argumente, um auf die Rundumschläge von CVP und FDP zu antworten. Ich befürchte aber, dass die Zeit nicht reicht, um zu erwähnen, was Sie in den letzten Jahren alles falsch gemacht haben. In wenigen Minuten werden Sie das Budget 2017 verabschieden. Endlich wird der budgetlose Zustand beendet, den es gar nie so lange hätte geben müssen. Uns geht es aber nicht nur um die Verpackung – das Budget muss nun her, koste es was es wolle –, sondern auch um die Inhalte. Die Inhalte in diesem zweiten Budgetpaket sind noch viel schrecklicher als im 1. Entwurf des letzten Jahres, den wir notabene auch schon abgelehnt haben. Somit ist es nur konsequent, heute wieder Nein zu sagen, dies nicht weil wir nicht Hand bieten wollen zu zukunftsfähigen Lösungen für Lebensqualität für alle in diesem Kanton, sondern weil es auch andere Wege gegeben hätte und wir Ihnen die Hand ausgestreckt haben, um Brücken zu bauen, angefangen beim Kompromiss für die Unterstützung der Steuererhöhung. Wir haben mehrere Vorstösse für einen anderen AFP-Prozess eingereicht. Die SP hat das obligatorische Referendum unterstützt, um das Risiko für diesen langen budgetlosen Zustand minim zu halten. Eine Aussetzung der Schuldenbremse für dieses Jahr wäre möglich gewesen, aber Sie wollten sich in der Juni-Session nicht einmal auf eine Debatte einlassen und verweigerten einfach die Diskussion. Die heutige Situation, wie Sie sie darstellen, ist nicht gottgegeben. Wenn Sie aber meinen, allein und im Hinterzimmer über die Sommerferien ein Paket schnüren zu können, so dürfen Sie nicht erstaunt sein, wenn wir Nein dazu sagen. Wenn sich einige von Ihnen in der Zeitung schon wieder gegen weiteren Abbau positionieren, so müssen Sie uns schon noch die Tatbeweise dazu erbringen. Im Budget 2018 werden weitere 6 beziehungsweise 12 Millionen Franken bei der individuellen Prämienverbilligung gespart. Auch bei den Stipendien und bei der Polizei wird wieder gespart. Dann wollen wir von Ludwig Peyer hören, ob er Anträge stellt, auf diese Kürzungen zu verzichten. Falls Sie es bis im Dezember vergessen sollten, werden wir Sie gerne daran erinnern. Wir haben schon dem 1. Entwurf nicht zustimmen können. Diesem 2. Entwurf können wir noch weniger zustimmen. Wir lehnen das Budget 2017 ab.

Für die Grüne Fraktion spricht Monique Frey.

Monique Frey: Ein Dank an die FDP, dass sie die Verantwortung übernimmt. Bei der CVP ist es nicht ganz klar, auf wen sie die Verantwortung abschieben will. Mit der Zustimmung zu diesem Budget übernehmen die Bürgerlichen schlussendlich die Verantwortung für die Kürzungen bei den polizeilichen Leistungen, die Kürzungen bei den Stipendien um 20 Prozent, die Kürzungen bei der Kultur und der freien Szene um 40 Prozent und die Kürzungen bei der individuellen Prämienverbilligung. Seit gestern ist bekannt, dass vermutlich 7000 Familien davon betroffen sind und sie bis zu 2000 Franken zurückbezahlen müssen. Weitere Kürzungen gibt es bei der Universität und der Zentral- und Hochschulbibliothek. Sie argumentieren mit dem Volksauftrag, weil das Volk keine Steuererhöhung wolle. Die Volksbefragung ist aber schwierig zu interpretieren. Die Bevölkerung will keine Steuererhöhung, aber auch keine Sparmassnahmen. Ausser bei der Verwaltung will die Bevölkerung nirgendwo sparen. Das heisst, unser Rat muss die Verantwortung übernehmen. Heute haben wir damit begonnen und eine Diskussion darüber geführt, das heisst, die Diskussion wurde vor allem von den Grünen und der SP geführt, von den bürgerlichen Parteien gab es praktisch eine Diskussionsverweigerung. Verantwortung übernehmen heisst nicht nur, keine Schulden zu machen. Wir haben den Vorschlag gemacht, die Schuldenbremse für dieses Jahr auszusetzen. Dadurch hätten wir mehr Zeit erhalten, um die Finanzstrategie zu überarbeiten. Diese Zeit haben Sie uns nicht gegeben. Mit dem vorliegenden Budget, das wir ablehnen werden, wollen Sie keine finanziellen

Schulden übernehmen. Sie häufen aber Schulden an, indem Studierende ihren Ausbildungsgang nicht weiterführen können, weil sie keine Stipendien mehr erhalten. Das sind langfristige Schulden, die wir uns ebenfalls nicht leisten können. Sie häufen Schulden an, indem Sie vor allem die freie Kulturszene köpfen. Sie häufen Schulden an, indem Sie Familien die individuelle Prämienverbilligung nicht ausbezahlen. Dadurch schränken sie die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Familien ein. Diese langfristigen Schulden werden uns noch lange beschäftigen. Sie häufen Schulden an, indem Sie bei den Hochschulen Kürzungen und Abbaumassnahmen provozieren. Die grössten Schulden machen wir aber, indem wir den Kanton Luzern in ein sehr schlechtes Licht rücken und so Menschen davon abhalten, in unseren Kanton zu ziehen. Weil wir nicht so stark wie andere Kantone wachsen, haben wir bereits ein Nationalratsmandat verloren. Andere Kantone, wie etwa Genf, haben zwar höhere Unternehmenssteuern, sie sind aber trotzdem deutlich mehr gewachsen als wir. Der FDP-Sprecher hat erklärt, dass die FDP keine Politik für Randgruppen betreiben wolle. Dazu kann ich nur sagen, dass 42 Prozent der Bevölkerung der Steuererhöhung zugestimmt haben. Wir werden sehen, wie sich diese sogenannte Randgruppe anlässlich der nächsten Wahlen verhalten wird. Wir sind auf die weiteren Diskussionen gespannt und werden Sie daran erinnern, dass bei der eingeschlagenen Steuerstrategie klare Korrekturen angebracht werden müssen. Ich hoffe, dass die Koalitionen künftig anders aussehen werden und es sich die CVP gut überlegt, welche Partnerinnen sie in Zukunft haben wird.

Für die GLP-Fraktion spricht Michèle Graber.

Michèle Graber: „Michèle, schau bitte, dass wir heute endlich ein Budget bekommen, wir können bald nicht mehr arbeiten.“ So bin ich gestern auf dem Weg ins Parlament angesprochen worden. Das ist nur ein Beispiel; wir sind von vielen Menschen auf den budgetlosen Zustand angesprochen worden. Die Bevölkerung will ein Budget. Die GLP-Fraktion ist über die vorliegende Fassung auch nicht glücklich, wir hätten in vielen Bereichen gerne mehr Gelder gesprochen. Aber uns sind die Hände gebunden. Die GLP nimmt ihre Verantwortung wahr und stimmt dem Budget zu, auch wenn sie nicht an diesem sogenannten bürgerlichen Kompromiss beteiligt war. Wir haben unsere eigene Meinung.

Für die SVP-Fraktion spricht Guido Müller.

Guido Müller: Das bürgerliche Lager hat über den Sommer unentgeltlich gearbeitet – zwar nicht in Hinterzimmern, sondern in schönen Büroräumlichkeiten – und nach einem Kompromiss gesucht. Es ist der Kompromiss, der nun auf dem Tisch liegt, und von dem wir wissen, dass es sich dabei nicht um das Ei des Kolumbus handelt. Der Kompromiss erfüllt aber die Anforderungen, damit wir heute das Budget verabschieden können. Alle am Kompromiss beteiligten Parteien waren bereit, Federn zu lassen. Diese Bereitschaft stelle ich bei der linken Seite nicht fest. Über die unglückliche Bevölkerungsumfrage, mit der der Regierungsrat 37 000 Franken vergeudet hat, müssen wir nicht diskutieren. Man hätte dort zwar noch eine sehr gute, neckische Frage einbauen können nach dem Motto: „Wollen Sie, dass gerade bei Ihnen nicht gespart würde?“ Diese Frage hätte wohl eine Zustimmung von 98 Prozent erhalten und entsprechend interpretiert werden können. So geht es aber nicht. Wenn wir weiterkommen wollen, brauchen wir Lösungen. Wir verschaffen uns nun Zeit für das nächste Budget, indem wir das Budget 2017 verabschieden und die Verwaltung ihre Arbeit weiterführen kann. Wir haben einen Kompromiss gefunden und bereiten hoffentlich den nächsten Kompromiss vor, denn auch beim Budget 2018 handelt es sich um einen Kompromiss. Wenn sich die linke Seite einbringen will, muss sie auch einmal bereit sein, auf etwas zu verzichten. Ich höre nur immer, was sie erhalten will, worauf sie nicht verzichten will und wo es nichts zu streichen gibt. Ich bitte Sie, dem Budget 2017 zuzustimmen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2017 des Kantons Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 89 zu 21 Stimmen zu.